

31 | Februar 1977

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 6 Irre Zustände am Steinhof
- 7 Preiserhöhungen...
- 15 Unser täglich Profit gib uns heute
- 20 Die Zahnschmerzen des Genossen Honnecker

Die Geschäfte der Gemeinde Wien

Seit über drei Jahren sind die Medien voll von Informationen über den Bauring-Skandal. Eine Fülle von Detailinformationen hat das allgemeine Interesse nahezu erschlagen, die große Linien und die wichtigen Punkte sind immer mehr in den Hintergrund getreten. Sieht man sich die ganze Angelegenheit genauer an, stellt man fest: es gibt keinen Bauring-Skandal. Sondern eine ganze Menge davon.

Gemeindebetriebe wie der Bauring stehen in der Tradition der sozialdemokratischen Kommunalpolitik der Zwischenkriegszeit. Sie sollten billiger als die Privatkapitalisten kommunale Bauvorhaben, vor allem Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung, durchführen. Die Betriebe sollten keinen Profit abwerfen, sondern kostendeckend arbeiten, um so die Bauten zu verbilligen. In der Zweiten Republik trat die Bedeutung des sozialen Wohnbaus immer mehr zurück. Die Wohnungen werden immer teurer, die Wohnungssuchenden müssen immer größere Eigenmittel aufbringen und die Zahl der errichteten Wohnungen sinkt von Jahr zu Jahr, allen anderslautenden Wahlversprechen zum Trotz. Die Kommunalpolitik der Wiener SPÖ hat mit der Politik der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit im "roten Wien" nichts mehr



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN
VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).
Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Die Geschäfte der Gemeinde Wien

Fortsetzung von S 1

gemein. Planlosigkeit, Korruption und Abbau der sozialen Errungenschaften griffen um sich. Der "soziale Wohnbau" orientierte sich immer mehr an den Interessen der Baukapitalisten und Bodenspekulanten, die in vielen Fällen (Babak, Machek, Martinuzzi) der Wiener SPÖ nahestehen. Der Bauring wurde zu einem kapitalistisch geführten Betrieb neben anderen, mit dem einzigen Unterschied, daß sein Besitzer die Gemeinde Wien ist.

Ein imperialistisches Geschäft

Bald kam die Vorstellung auf, der Bauring sollte, ganz im Gegensatz zu den Intentionen bei seiner Gründung, auch Gewinne abwerfen. Bürgermeister Slavik hatte dazu die große Idee: das Unternehmen sollte ins Ausland gehen und dort Gewinne erwirtschaften. Die Wiener ÖVP war nicht dagegen, denn die privaten Baufirmen freuten sich: ein Auslandengagement des Kommunalbetriebes würde ja Kapazitäten aus Wien abziehen, was den Marktanteil der Privaten nur vergrößern könnte. So kam das Saudiarabien-Geschäft durchaus in kommunalpolitischer Eintracht zustande, auch wenn sich die ÖVP heute davon distanzieren möchte. Es war als Mitnaschen bei der Ausbeutung der Dritten Welt gedacht: Die Araber sollten die Arbeit über Subunternehmer selber machen, der Bauring wollte nur wenige Maschinen hinunterschicken, dafür aber die großen Gewinne einstreifen. Wie jeder andere Kapitalist ließ sich der Bauring also in Spekulationsgeschäfte ein – zugegebenermaßen aber

um einiges dilettantischer. Zwei Projekte sollten in Saudiarabien durchgeführt werden: der Bau einer 118 Kilometer langen Straße und eines Flughafens – übrigens beides Projekte, denen eine strategische Bedeutung in der Bekämpfung der Rebellen im benachbarten Dhofar nachgesagt wird.

Saudiarabische Zustände

Die Ausbeutung der "Bloßfüßigen" ging aber nicht so leicht vor sich, wie sich das die Bauring-Manager in Wien vorstellten. Die saudiarabischen Unternehmer erkannten nämlich bald die Schwäche der oben geschilderten Konzeption: der Bauring war von den Subunternehmern völlig abhängig, was diese weidlich zu den diversesten Erpressungen benutzten. Statt der ortsüblichen 3-5 % Provision mußte der Bauring 24 % bezahlen; Prinzen, deren Nahverhältnis zum Thron von Bedeutung für die Abwicklung der Geschäfte war, kassierten ebenfalls ordentlich; mit der Drohung, diese Verbindungen aufliegen zu lassen, erpreßte ein anderer wieder 300.000 Schilling. Baustellenleiter Tropper verursachte Millionenverluste, indem er Verträge mit nahezu ruinierten arabischen Firmen einging (die Vermutung, er habe dies nicht selbstlos getan, sondern ebenfalls Provisionen empfangen, liegt nahe). Die erste Anzahlung aus Saudiarabien verzinsten die genialen Manager mit 2 statt wie üblich mit 6 %, wodurch wieder ein Verlust in der Höhe von mehreren Hunderttausenden entstand.

Da die saudiarabischen Unternehmer mit ihren Arbeiten in Verzug gerie-

ten, wollte der Bauring sie ausbooten. Statt jedoch Schadenersatz zu verlangen, zahlte man ihnen noch weitere 30 Millionen. "Man kann sich ohne weiteres ausrechnen", sagte ein Angeklagter im Bauring-Prozeß, "was dabei herauskommt, wenn gegen eine Firma prozessiert wird, die dem Bruder des Königs gehört." Die feudalkorrupten Zustände in Saudiarabien hatten gegenüber den imperialistischen Ambitionen des Baurings den Sieg davongetragen. . .

Die Gründe der Bauringenthüllungen

Nach einem Bericht des Rathaus-eigenen Kontrollamtes im Juni 1974, demzufolge beide Projekte in Saudiarabien unvorstellbare Verluste erwirtschaftet hatten, wurden die Bauring-Direktoren entlassen. Der Bericht sprach von einer dilettantischen Geschäftsführung, von Bestechungsversuchen, Provisionsannahmen und Scheckbetrügereien. Die private Bauindustrie sah einen willkommenen Anlaß, dem unliebsamen Konkurrenten um die profitträchtigen Aufträge der öffentlichen Hand, der außerdem noch eine Vorrangstellung bei der Vergabe von Bauaufträgen besaß, den Todesstoß zu versetzen. Ihr politischer Arm, die Wiener ÖVP, stürzte sich auf die Enthüllungen, begleitet von den Industrie-finanzierten Magazinen "Wochenpresse" und "profil", und forderte lautstark die Reprivatisierung des Baurings. Sie kritisierten nicht etwa das imperialistische Engagement in der Dritten Welt, sondern nur, daß diese Verluste erwirtschaftet hatte; sie bemängelten nicht die Abkehr vom sozialen Wohnbau, sondern die Tatsache, daß der Betrieb nicht schon lange an die Privatindustrie verkauft wurde.

Ursprunger oder die Segnungen der freien Marktwirtschaft

Nachdem der Bauring durch die Saudiarabiengeschäfte fast völlig pleite war, versuchte er sich zu sanieren – und griff wieder daneben. Der Wiener Architekt Ursprunger gab vor, als

Vermittler einer Schweizer Firma "Beficor" aufzutreten, die Ferienapartements in Griechenland und Spanien bauen wollte. Doch die "Beficor" gehörte Ursprunger selbst, und dieser hatte nie die Absicht, diese Bauvorhaben zu verwirklichen, sondern setz-

Als die "Beficor" pleite ging, war der Bauring für die Bürgschaften haftbar, was einen Verlust von 25 Millionen bedeutet. Da Ursprunger der Besitzer der "Beficor" nachgewiesen werden konnte, betrug sein Unternehmerisiko 6 Jahre Gefängnis.



Ein Prozeß auf dem Nebengleis: Ursprunger, Wawrowetz, Zöllner, Brichacek, Tropper (von rechts)

te lediglich ein Bürgschaft-Kredit-Überweisung-Ringelspiel in Bewegung, wo er sich von allen Stationen etwas abzweigen konnte. Die Erfolge können sich sehen lassen: Ursprunger ist Besitzer von neun Gesellschaften (von denen sich eine mit der Produktion von Pornofilmen befaßt) und steht mit 79 Firmen direkt oder indirekt im Zusammenhang, zwischen denen Gelder hin- und hergeschoben werden. Ferner besitzt er mehrere Villen, Wohnungen, Grundstücke sowie das Restaurant an der Weinstraße. "Ich habe eben", erklärte er vor Gericht, "zwanzig Jahre meines Lebens fleißig gearbeitet". Bei uns kann's eben jeder Fleißige zu was bringen.

Für seine Beziehungen zum Bauring zeigte sich dieser erkenntlich, indem er Ursprunger eine Prunkvilla errichtete, ohne sie bisher zu verrechnen. Als Dank durfte sich der abgesägte Bauring-Prokurist Brichacek dann dort als Untermieter einquartieren. Seine Liechtensteiner Scheingeschäfte wickelt Ursprunger mit Unterstützung des österreichischen Honorarkonsuls in Vaduz, Batliner, ab, der im Besitz einer "Prokurationsanstalt" zur Übernahme von Treuhandgeschäften und Durchführung von (Schein-)Firmengründungen ist – was einiges über die Aufgaben der österreichischen diplomatischen Vertretungen im Ausland aussagt.

Wohin flossen die Provisionen?

Der brisanteste Teil der gesamten Bauring-Angelegenheit liegt auch nach dem Prozeß im Dunkeln: die Sache mit den Provisionen nämlich. Der offiziellen Version nach hat ein Scheich Abdullah Bughsan aus Jeddah in Saudiarabien eine Provision in der Höhe von 24 Prozent des Flugplatzprojektes erhalten, was ziemlich hoch und zumindest auch in Saudiarabien nicht üblich ist. Um dieses ganzen Gelder in den Bilanzen unterzubringen, wurden sie – wieder nach der offiziellen Version – gefälscht. Nun gibt es aber über den Anteil Bughsans verschiedene, einander widersprechende Aussagen und Aktenvermerke. Bughsan selbst gab seinen Anteil mit "nur" 14 Prozent an, außerdem wollte er sich dem Bauring-Prozeß als Privatbeteiligter anschließen, um den noch ausstehenden Provisionsbetrag einzuklagen. Wenn er die 67 Millionen also nicht erhalten hat, stellt sich die Frage, welchen Weg diese Gelder genommen haben. Grob gesprochen, gibt es drei Möglichkeiten: 1. Bughsan lügt und er hat die Provision in der vollen Höhe erhalten. 2. Die Bauring-Direktoren haben sich die Gelder selbst unter den Nagel gerissen. 3. die Millionen sind in die Kassen der Wiener SPÖ geflossen.

Die erste Möglichkeit wäre skurril, zur zweiten gehört mehr Cleverness der Bauring-Direktoren, als sie in anderen Fällen bewiesen haben, die dritte Variante ist völlig unbewiesen und wird wohl ewig unaufgeklärt bleiben. Fest steht nur, daß die Provision (also ein Prozentanteil der Summe, die dem Bauring für den Bau des Flughafens von der saudiarabischen Luftwaffe bezahlt wurde) nach Wien überwiesen wurde, wo Bughsan ein Konto bei der Feichtner-Bank haben soll. Warum hat er das Geld nicht gleich bei seiner Hausbank in Jeddah beheben können, wozu dieser Umweg? Die es wissen, die Bauring-Direktoren, sagen es nicht. Sie sind mit 30.000 Schilling in Pension geschickt worden, und der "Kronen-Zeitungs"-Staberl dürfte ausnahmsweise einmal nicht so unrecht haben, wenn er das als "Schweigegelder" bezeichnet. Der "Kurier" hat vermutet, die 67 Millionen seien zur Deckung des Defizits der "Neuen Zeitung", das ca. 60 Millionen betrug, verwendet worden. Die kleinformatische "Neue" hat die Wiener SPÖ von 1967-1970 als Tageszeitung herausgegeben und bisher behauptet, die Schulden nach der Einstellung des Blattes aus der Parteikassa getragen zu haben. Wie gesagt, das sind alles unbewiesene Behauptungen, die auch die von der Gemeinde beauftragten Bauring-Wirtschaftsprüfer nicht belegten. Laut "profil" seien diese Herren an der Übernahme der Wirtschaftsprüfung der neuen Gemeinde-Holding interessiert, was ihren Aufdeckungselan angeblich bremsen sollte...

Der Bauringprozeß - eine Farce

All diese brisanten Probleme blieben im Bauring-Prozeß ausgeklammert. Es ging nur um die Spitze eines Eisberges, nur ein Zehntel des Gesamtverlustes von 1,4 Milliarden, um die für das Rathaus unproblematische "Beficor"-Ursprunger-Affäre und um die Frage, ob die Bauring-Direktoren Gelder veruntreut hätten, indem sie von den saudiarabischen Subunternehmern keinen Schadenersatz für nicht geleistete Arbeit verlangt hatten, sondern ihnen vielmehr noch Schadenersatz bezahlten. Die politische Seite des Falls stand ebensowenig zur Diskussion wie die Aufklärung der brisanten Provisionsgeschäfte, auch wenn der Richter in der Urteilsbegründung erklärte, die Verantwortlichen seien nicht die - freigesprochenen - Angeklagten, sondern wären wo anders zu suchen. Wo sie zu suchen wären, das war klar, bedenkt man, was man über die Zustände bei der Gemeinde im Bauring-Prozeß erfuhr.

Die Vorgänge im Rathaus

Wenden wir uns Erfreulicherem zu: jeder Mensch freut sich, wenn er umsonst ein Haus gebaut bekommt. So freute sich auch der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und

SP-Gemeinderat Hofstetter, dem der Bauring eine Villa in den Weingütern von Döbling (wo sonst strengstes Bauverbot herrscht) errichtete - auf einem Grundstück, das der Gute um ein Fünftel des ortsüblichen Preises erstanden hatte. Aber nicht nur Grundstücke und Häuser verschenkt die Rathausbürokratie an ihre Klientelen, auch hohe Posten gibt's zu Schleuderpreisen: Bauring-Direktor Wawrowetz kam zu seinem Posten ohne jede Erfahrung in der Baubranche, bloß weil seine Frau Sekretärin bei Magistratsdirektor Ertl war. Wawrowetz revanchierte sich, indem der Bauring dem Sohn Ertls eine Wohnungseinrichtung im Wert von 130.000 Schilling um knappe 80.000 verkaufte. Facettenreich war auch die Karriere des Prokuristen Brichacek, ehemaliger Vorsitzender der damaligen "Freien Österreichischen Jugend" und kommunistisches Politbüro-Mitglied von 1948-1953. Als etwas mit der Parteikassa nicht stimmte und er als "Titoist" beschuldigt wurde, verließ "Bricherl" die KP und schaffte den Sprung in die Wirtschaft.

Einen Sprung in die Wirtschaft hatte auch der ehemalige SP-Bezirksrat Martinuzzi hinter sich, der als Chef der Wohnbaugenossenschaften "Wohnkomfort" und "Helios" Kredite aufnahm, für die der Bauring bürgte. Die Wiener SPÖ wollte eben, sagte Wawrowetz im Prozeß aus, daß man Martinuzzi "auf die Beine half". Das bekam dem Bauring nicht sehr gut: als Martinuzzis Firmen im Sommer

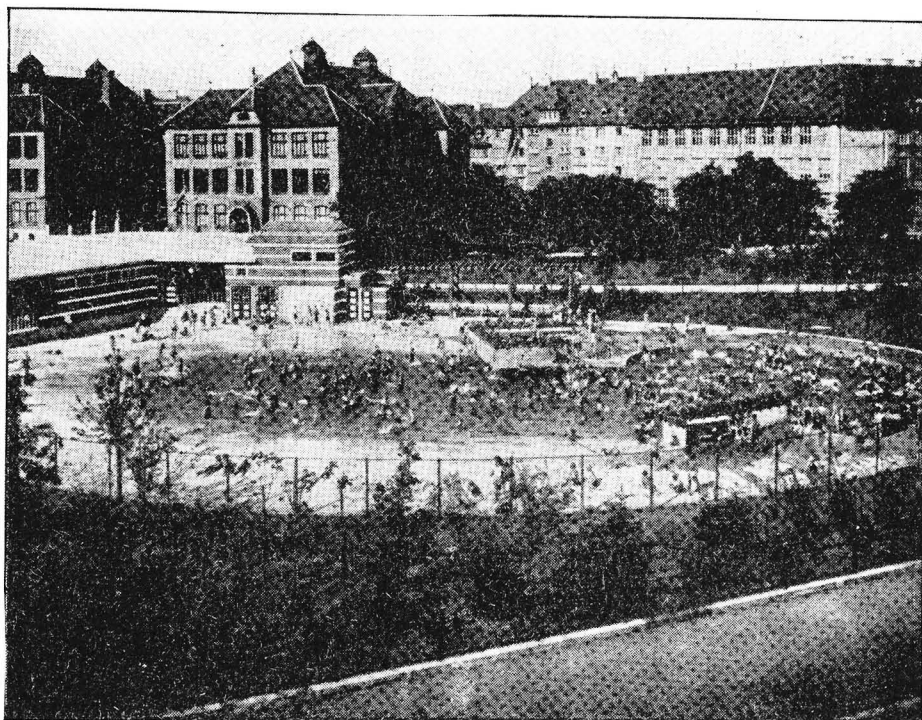


1975 den Ausgleich anmeldeten, mußte er blechen. Die ganze Martinuzzi-Affäre wurde aus dem Bauring-Prozeß ausgeklammert und soll in einem eigenen Verfahren noch behandelt werden. Das kann recht interessant werden, da daran auch die aus dem Olah-Prozeß bekannten Olah-Freunde Las und Levar beteiligt sind samt einigen Firmen, die vermutlich aus den von Olah veruntreuten Gewerkschaftsgeldern gegründet wurden. Wo man bei der Bauring-Sache anzieht, hängt eine dubiose SP-Geschichte dran, wo man hinschaut – ein Sumpf.

Die Kontrolle der Gemeinde über den Bauring geschah in Aufsichtsratssitzungen, die jedoch nie länger als 5 bis 15 Minuten dauerten, dafür wurde eine Sitzung einmal (für 5 Minuten) zur Abwechslung in Paris abgehalten (und die Rechnung für eine "Nina" als Spesen abgebucht). Wie hätten die Sitzungen auch länger dauern können, wenn Aufsichtsratsvorsitzender und SPÖ-Klubobmann Suttner die Bauring-Direktoren angewiesen hatte, dem Aufsichtsrat nichts über die schlechten Saudiarabiengeschäfte zu erzählen? Wenn also der Aufsichtsrat (dem übrigens auch drei ÖVP-Mitglieder angehörten) nicht kontrollierte, wer tat das dann? Der Gemeinderat kontrollierte auch nicht, denn der wurde von Suttner falsch informiert. Suttner selbst dementierte vor Gericht, von allen Bauring-Geschäften gewußt zu haben, worauf der Angeklagte Wawrowetz den Spruch "Suttner lügt aus Prinzip, um sich zu decken" von sich gab und diesem vorwarf, er habe nach dem Ausscheiden der Bauring-Direktoren belastende Akten vernichtet.

Gewinner und Verlierer

Nachdem die Wiener SPÖ den Bauring endgültig ruiniert hat, stürzten sich die privaten Baufirmen auf die Leiche des kommunalen Konkurrenten. Der größte Teil des Baurings wird an sie verkauft, wobei einige hundert Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt werden; in den Rest, der



Die Bauten des "Roten Wien" – einst beispielgebend für Europa.

jetzt WIBEBA heißt, kaufen sich die Privatfirmen um ein Spottgeld in eine Sperrminorität ein. Die Rechte visiert schon neue Ziele an, "profil" hat der ÖVP vorgeschlagen, nach dem Fiasko der kommunalen Unternehmungen als nächstes die Verstaatlichte anzugreifen und auch dort das Privateigentum zum Sieg zu führen. Während sich die Unternehmer die Aktivposten unter den Nagel reißen, werden die Schulden sozialisiert. Die 1,4 Milliarden Schilling Bauring-Verluste muß die Gemeinde Wien zahlen, spricht die steuerzahlende arbeitende Bevölkerung.

Die Ausrichtung des ehemals gemeinnützigen Baurings auf privatkapitalistische "Rentabilität" hat zu den diversen Bauring-Katastrophen und zur Abkehr vom sozialen Wohnbau geführt. Statt des Baus von Gemeindewohnungen wird der private Wohnbau forciert, die Wohnungssuchenden müssen "kostendeckende" Preise bezahlen (und die Minderbemittelten werden durch individuelle Mietbeihilfen ein bißchen unterstützt). Der Dilettantismus der kommunalen Funktionäre, die laut Bauring-Urteil "erschütternd ahnungslos" und "sorglos bis zur Unfähigkeit" sind, führt in der bürgerlichen Presse zur Lobpreisung der sozialen Marktwirtschaft und bereitet so das Terrain für die Reprivatisierungspläne

der Unternehmer vor. Das ist der wahre Bauring-Skandal.

Verkehrsmisere, Wohnbaustopp, Bauring-, Hafen- und andere Skandale, Wien-Film-Pleite, Allgemeines Krankenhaus, Arena-Räumung, Brückenfiasco sind die Spuren, die die Wiener Nachkriegs-SPÖ im Antlitz dieser Stadt hinterläßt.

P. L.

(Die Serie über die Geschäfte der Gemeinde Wien wird mit einem Bericht über die Vorgänge beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses fortgesetzt.)



Wir, einige Leute der "Steinhofgruppe", die eine Arbeitsgruppe der "Demokratischen Psychiatrie" ist, verteilten am 22. und 23. Jänner 1977 vor dem Psychiatrischen Krankenhaus "Steinhof" während der Besuchszeit folgendes Flugblatt:

Mitteilungen des Arbeitskreises 'Demokratische Psychiatrie'

DIE AUFNAHME

Laut Statistik ist von allen 60jährigen Österreichern jeder zehnte mindestens einmal in einem psychiatrischen Krankenhaus gewesen.

Ca. 94 % (!) aller psychiatrischen Patienten befanden sich 1974 z w a n g s w e i s e in einer Anstalt.

Was passiert ?

Sie werden von der Rettung, auf einer Tragbahre festgeschnallt, abtransportiert. In der Aufnahmestation nimmt man Ihnen alle persönlichen Gegenstände, ja sogar die eigene Kleidung weg.

Wie finden Sie das ??

Ohnehin bedient, verstärkt sich Ihre Angst, Unsicherheit oder Wut. Ihr Widerstand wird nicht verstanden, sondern als "krank" bezeichnet und gegen Sie verwendet.

Welchen entwürdigenden Maßnahmen ist der Patient bei der Aufnahme ausgesetzt ?

- die private Kleidung wird Ihnen in fast allen Fällen sofort weggenommen
- dann werden Sie auch gegen Ihren Willen gewaschen und in nichtpassende Anstaltskleidung und -schuhe gesteckt
- selbst Brille und Zahnpfropfen werden weggeschlossen, ebenso liegen Geld, Uhr und Ehe-ring fast unerreichbar im Depot.
- Daraufhin kommen Sie in die Aufnahmestation und erzählen dort Ihre Krankengeschichte. Kaum haben Sie sich zurechtgefunden und ein wenig Vertrauen gefaßt, werden Sie auf einen anderen Pavillon verlegt. Dort müssen Sie wieder Ihre Krankengeschichte erzählen. Hilfe erwarten Sie vergeblich.
- Man geht nicht wirklich auf Sie ein, statt dessen werden Sie mit einem scheinvertraulichen "Du" angeredet.

Nun beginnt die "Behandlung"

- Die erste Spritze die Sie bekommen, dient oft mehr der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung der Anstalt, als einer für Sie hilfreichen Behandlung.
- Wenn Sie schließlich auf einem Pavillon landen, haben Sie den letzten Rest an Selbst-

achtung verloren. Ihr Widerstand gegen die angstmachenden Bedingungen des Anstaltslebens ist gebrochen.

- Nun werden Sie lange darum bitten müssen, mit Ihren Angehörigen in Kontakt treten zu dürfen, die oft 3-4 Tage nach Ihrer Einweisung von Ihrem Schicksal erfahren
- Von Ihren persönlichen Habseligkeiten bleibt Ihnen oft nur die Zahnbürste, die Sie, da Sie nicht einmal ein Nachtkästchen haben, unter der Matratze aufbewahren müssen.

Kann eine solche Aufnahme-prozedur als therapeutische Maßnahme eines Krankenhauses verstanden werden ?

Diese Aufnahme-prozedur, in der der Patient seine Selbstachtung und Menschenwürde verliert, trägt sicher nicht zu seiner Heilung bei.

Wir wissen, daß sich Pfleger und Schwestern oft um die Verbesserungen der Lage der Patienten bemühen. Leider ist es aber so, daß das Pflegepersonal aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen nicht in der Lage ist diese Bemühungen in die Tat umzusetzen und auch von den Ärzten nur mangelhaft Unterstützung findet. Oftmals finden sogar bewußte Diskriminierungen statt, die den aufgeschlossenen Schwestern und Pflegern jede weitere Motivation nehmen, für die Rechte der Patienten einzutreten.

Deshalb fordern wir :

- 0 Abschaffung der entwürdigenden Aufnahme-prozedur
- 0 Direkte Aufnahme der Patienten auf Aufnahmestationen, die auch für die weitere Betreuung der Patienten in der nächsten Zeit zuständig sind.
- 0 Finanzielle und organisatorische Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für Pfleger und Schwestern.

Wir sind uns bewußt, daß wir nur durch einen gemeinsamen Kampf in einer breiteren Öffentlichkeit die Verbesserung der sozialen Situation der Patienten in psychiatrischen Krankenhäusern erreichen können. Deshalb fordern wir Sie als Angehörige der Patienten auf, sich mit uns zusammenzusetzen.

Mit diesem Informationsblatt wollen wir vor allem die Angehörigen der Patienten ansprechen, um mit ihnen über die Bedingungen am "Steinhof" und speziell über das Aufnahme-ritual zu reden. Gemeinsam mit den Betroffenen überlegen wir uns, was wir tun können, um die teilweise menschenunwürdigen Zustände zu verändern.

In ganzseitigen Inseraten in verschiedenen Tageszeitungen startete die SPÖ zu Beginn des neuen Jahres eine Informationskampagne, in der um Verständnis für die ebenfalls zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Preis-, Tarif- und Gebührenerhöhungen geworben wurde. Teurer wurden Milch und Milchprodukte, Telefon, Strom und Gas, die Stempelgebühren. Sparen bringt weniger Zinsen, Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge schmälern Löhne und Gehälter. Für Kredite muß eine Kreditgebühr von 0,8% gezahlt werden. Ab Mai werden die Bahntarife um 15% erhöht werden.

Besagtes Inserat versucht den Unmut vieler Arbeiter und Angestellten über diese Belastungswelle durch eine Argumentationstaktik zu dämpfen und in "vernünftige" Bahnen zu lenken, die den bitteren Geschmack zwar nicht leugnet, aber durch die Analyse seiner chemischen Zusammensetzung neutralisiert.

Die Kosten eines Telefonmastes, eines Telefonapparates, eines Triebwagens der ÖBB oder eines Meters verlegter Schienen haben sich im Zeitraum von 1970 bis 1976 verdoppelt. Nahezu verdoppelt hat sich die Zahl der in Österreich zugelassenen Kraftfahrzeuge, für die ja Strassen erhalten und neue Verkehrswege erschlossen werden müßten. Die Gebühr für den Reisepaß kostet jetzt 220 S gegenüber bisher 110 S. "Für Auslandsreisen gaben die Österreicher 1976 25 Milliarden Schilling aus. Da spielen doch die 110 S mehr kaum eine Rolle." Wieviel Prozent der Österreicher aus welchen Verdienerschichten sich einen Auslandsurlaub leisten können, wird nicht näher erläutert. Wozu auch. Wer sich keinen Auslandsurlaub leisten kann, der braucht doch wohl auch keinen Reisepaß.

Wer aber glaubt, daß die SPÖ-Regierung ausschließlich den kleinen Mann zur Kasse bittet, weil er in

bleibt das Echo?

seiner Masse mehr hergibt, wird eines Besseren belehrt. Es gibt auch eine Erhöhung der Vermögenssteuer. "Wieder eine Belastung, die nicht die Bevölkerung betrifft, sondern nur die Wohlhabenden, die von der ÖVP vertreten werden." Bevor aber die Bevölkerung mit den Wohlhabenden Mitleid bekommen könnte, die nun vielleicht kräftig zur Ader gelassen werden, wird versichert: "Die Erhöhung beträgt nur 0,25%." Die SPÖ-Regierung kann ihre humanistische Gesinnung nun einmal nicht verleugnen. Streng klassenanalytisch wird die Gesellschaft in Wohlhabende und der Rest in Bevölkerung geteilt und die Lasten dann verteilt. Daß die Mehrheit, die Bevölkerung, auch mehr aufgehast bekommt gegenüber der schwachen Minderheit von Wohlhabenden, versteht sich von selbst.

Überhaupt geht es streng gerecht zu. Jedem das seine. Den Arbeitern und Angestellten ihr angestammter Arbeitsplatz. Den Unternehmern, sprich Wohlhabenden, ihr Gewinn. "Dafür braucht der Staat Geld. In den vergangenen Jahren gab er 93 Milliarden für Aufträge an die Wirtschaft aus. Nun muß er wieder Mittel bereitstellen, um wieder etwas neue Wagons für die Bahn, neue Telefonanlagen und neue Straßen, Schulen, Spitäler usw. in Auftrag geben zu können."

Der Staat hält die Wirtschaft am Leben, zahlt Renten und Familienbeihilfen, ist also im Produktions- wie Reproduktionssektor der entscheidende Faktor, und dafür braucht er Geld. Also werden seine Einnahmen laufend erhöht.

Da ein Großteil dieser Einnahmen an die Unternehmer weitergegeben wird, wäre es witzlos, die Einnahmen, die dazu notwendig sind, von den Unternehmern hauptsächlich einzutreiben. Also werden die Massensteuern erhöht. Das heißt, die Arbeiter und Angestellten müssen ein immer größer werdendes Steueraufkommen erstellen,

damit ihre Arbeitsplätze vom Staat gesichert werden können.

Zu Ende gedacht, (und da liegt der Hase im Pfeffer) könnte es in gar nicht ferner Zukunft notwendig werden - und Benya hat es bereits ausgesprochen -, reale Einkommensverluste in dieser oder jener Form hinzunehmen, damit allen Erwerbsfähigen Arbeitsplätze "geschaffen" werden können. Wir könnten endlos fortfahren, die Absurdität einer solchen Vollbeschäftigungspolitik durch den Staat bei voller Wahrung der kapitalistischen Profitorientierung der zahllosen Klein- und Mittelbetriebe aufzuzeigen.

Hier geht es darum festzuhalten, daß die SPÖ-Regierung die Politik der erhöhten Soziallasten solange ungefährdet aufrechterhalten kann, solange auf der anderen Seite bestimmte Verbesserungen, sozusagen die "Zuckerln" nicht gänzlich ausbleiben. Die Erhöhung des Mindesturlaubs und die Einführung des Pflegeurlaubs sind solche "Zuckerln". Und weiters: Angesichts der Auswirkungen der Krise in den anderen kapitalistischen Ländern wie Massenarbeitslosigkeit (BRD, England, Frankreich), galoppierende Inflation (England, Italien) und drohender Zusammenbruch sozialer Einrichtungen (Italien) kann sich Österreich (noch) in die Illusionen wiegen, eine Ausnahmeerscheinung zu sein. Das dämpft den Unmut, das läßt uns ohne Echo.

Hier steht aber überhaupt die Problematik politischer Vermittlungsarbeit, der Propaganda. Die Argumentation der KPÖ, die nur die negativen Aspekte berücksichtigt und die Zusammenhänge ignoriert, kann nicht verfangen, da die Betroffenen nicht isoliert denken und durchaus zu relativieren imstande

sind. Dafür sorgt nicht nur die SPÖ-Propaganda, dafür garantiert auch die gegenwärtige gesellschaftliche Wirklichkeit in Österreich. Diese Wirklichkeit schaut "real" für die meisten Arbeiter und Angestellten (noch) nicht so triste aus, wie es linke Propaganda in aller Dramatik oft schildert. Wenn in der "Volksstimme" also ein ganzseitiges plakatives Inserat zur Teuerungswelle erscheint, in dem die Fakten aufgezählt, aber weiter nicht argumentiert, sondern der Schluß gezogen wird, die Ablehnung der Teuerungsmaßnahmen würde erst wirklich die Arbeitsplätze sichern (siehe BRD), dann muß die Wirkung der herausgestellten Fakten schon deshalb verpuffen, weil die meisten Arbeiter und Angestellten das kritische Eingehen auf die von der SPÖ ständig beteuerte Notwendigkeit dieser Maßnahmen vermissen werden. Das, was anklagend herausgestellt wird, wissen sie selbst; nichts aber von dem, was ihnen an der Regierungspropaganda einleuchtend erscheint, wird erschüttert oder widerlegt.

Eine glaubwürdige Alternative wäre eine Propaganda der "Objektivität", die freilich äußerst schwer zu machen ist und nur zu leicht in die Positionen der ungewollten Beschönigung führen kann.

Sie müßte sich daher gegenwärtig vorwiegend mit den kritischen Perspektiven der Regierungspolitik verknüpfen lassen. Das heißt: Herausstellen und Unterstreichen der Fakten; Eingehen auf die Argumentation der SPÖ und des ÖGB; Aufzeigen, was daran richtig, was falsch



ist; populärwissenschaftliche Erklärung, warum diese Politik auf die Dauer in eine Sackgasse führt und was die möglichen Folgen für die Arbeiterschaft Österreichs sein werden.

Eine solche Propaganda opfert freilich unmittelbare Wirkung und tagespolitischen Effekt in kleinen und übersehbaren Bereichen der Gesellschaft. Sie bleibt hinter dem drängenden Verlangen der bereits überzeugten und kritischen "Mitglieder" und Mitläufer zurück (sei es der KPÖ, sei es den KBÖ), die in geballter, schlagwortartiger, eben herkömmlicher Propagandamanier "es denen endlich geben" wollen.

Eine solche Propaganda der "Sachlichkeit", der Auseinandersetzung mit den Vorurteilen und Illusionen der Massen, hätte zum Ziel, die allmähliche Aufklärung, Motivierung und Bewußtwerdung breiter Schichten, deren Vertrauen überflüchtige Anerkennung hinaus (z. B. im Betrieb) dauerhaft und auf gesellschaftlicher Ebene (bei Wahlen, Parteimitgliedschaft, etc.) schwer zu gewinnen ist. Langfristig gesehen wäre dies aber die Art der politischen Vermittlung, die im Rahmen einer beharrlichen Öffentlichkeitsarbeit die Früchte politischer Seriosität und glaubwürdiger gesellschaftlicher Alternative reifen lassen könnte. Statt affektvoller effektive Propaganda, statt unmäßiger Polemik (die durchaus witzig und scharf gewürzt sein kann und soll), statt Verkündigung des eigenen Standpunkts, Auseinandersetzung. Dann wäre vielleicht auch das politische Echo da.

Z. P.



Internationales Studentenheim:

Boycott der Heimpreiserhöhung

Dreihundert Bewohner des Internationalen Studentenheimes haben im Jänner weiter S 750,- (statt S 800,-) gezahlt und damit die von SPÖ-Gemeinderat Wiesinger angeordnete Erhöhung boykottiert.

Was steht dahinter? Das Internationale Studentenheim (im Folgenden: ISTH) ein Superghetto mit Winzigzellen, gilt als eines der modernsten Studentenheime Wiens; es war und ist daher erstrebenswert für viele Kollegen, dort einen Heimplatz zu bekommen. Den bekamen früher vor allem nette Bürgerkinder mit Hilfe der zahllosen Beziehungen ihrer Eltern. Um diese untragbaren Verhältnisse zu ändern, formierte sich die "Heimbewegung" unter den sozial bewußteren Heimbewohnern. Nach einem erfolgreichen Kampf gegen die Heimträgerorganisation WVV (Wiener Verkehrsverein - Enkelgesellschaft der Gemeinde Wien) mit zum Teil spektakulären Mitteln (so wurde 1973 der "Rote Salon" des Wiener Rathauses besetzt, um endlich einen Verhandlungstermin zu bekommen), konnte erreicht werden, daß alle wichtigen Gremien (Aufnahme-, Kündigungs- und Kontrollausschuß) nun von Vertretern der Studenten und der Verwaltung zu gleichen Teilen besetzt sind. Auch werden laut § 2 der damals geschlossenen Vereinbarung ausdrücklich sozial schwache Studenten bei der Aufnahme berücksichtigt.

Vor sechs Monaten nun wurde diese Erhöhung angekündigt und gleichzeitig jede Verhandlungsbereitschaft darüber von Seiten der Gemeinde abgelehnt. Diese Erhöhung ist der Beginn einer "Taktik der kleinen Schritte": Man will den Heimpreis nicht mehr radikal, also um S 150,-/200,- erhöhen, da man dann erfahrungsgemäß mit studentischem Widerstand zu rechnen hat. Nein, jetzt erhöht man jedes halbe Jahr um "nur" S 50,-, will damit Gegenaktionen abblocken

und über kurz oder lang auch "friedlich" die Traumgrenze von S 100,- pro Quadratmeter, den S 1.000,- Preis, erreichen.

Zur Bekämpfung dieser unsozialen Vorgangsweise des WVV hat sich Ende November das "Komitee gegen die Heimpreiserhöhung" gebildet. Mit Hilfe einer Kampagne im Heim selbst, einer Informationszeitung und einem Flugblatt konnten viele Heimbewohner von der Notwendigkeit des Boykotts überzeugt werden.

Die Hauptargumente:

1. Die Lage der Studenten wird immer schlechter. Auch nach der zweifelhaften Stipendienerhöhung, die im März erwartet wird, ist es für den "Normalstudenten" = Stipendienbezieher nicht mehr möglich ohne gut dazu zu verdienen, sein Leben zu fristen. In einem Heim, das in erster Linie Studenten aus sozial schwächeren Familien zur Verfügung stehen soll, erhöht man nun den Heimpreis!
2. Die rechtliche Stellung der Heimbewohner ist völlig unklar. Sind sie Mieter oder wurde ihnen das Zimmer nur "überlassen"? Die Heimträgerorganisationen sind einhellig der zweiten Ansicht. Es handle sich um ein "Präkarium" (Bittleihe § 974 ABGB). Das hieße also, daß der Heimpreis keine "Miete" sei, er decke nur die Betriebskosten ab. Den aufgebrauchten Studenten erscheinen S 800,- Betriebskosten für 10 Quadratmeter überhöht, man gewährt ihnen aber keine Einsicht in die finanzielle Gebahrung (Begründung: Ihr seid nicht Mieter!)

Ziel der Aktion ist die Rücknahme der Heimpreiserhöhung.

U. S.



Nennings Rechtskurve

Eine "Korrektur der Blattlinie" kündigt in der neuen Nummer des "Neuen Forum" dessen Geschäftsführender Obmann, Herausgeber, Chefredakteur und Verantwortlicher Günther Nennung an. Soeben von SPÖ-Zentralsekretär Blecha als neuer "Zukunft"-Chefredakteur abgelehnt, ärgert ihn "linke Kinderei", "linke Romantik", die Ultralinken, die Portugal- und Lateinamerika-Berichterstattung.

(alle Zitate aus: Neues Forum, Jän. / Feb. 1977)

Die Linke hat in den letzten Jahren anderes am Neuen Forum geärgert: Nennings ewige Kommentare etwa, warum die Sozialdemokratie überall 50,5 % der Stimmen ergattern muß, besonders in Kärnten. Oder die Abstinenz der Zeitschrift von der Linken und überhaupt von jeder realen Bewegung. Oder Michael Siegerts Zensur-ähnliche Praktiken bei der Redigierung von Manuskripten. Oder die Titelgestaltung. Oder diverse Sex-and-crime-Geschichten wie der autobiographische Bericht eines Wiener Zuhälters in der Dezember-Nummer. (Wegen dieses Artikels wurde diese Ausgabe beschlagnahmt.)

Nennung aber ärgert anderes. Deshalb "müssen wir uns um ein Stück nach rechts bewegen", schreibt er. Und mit verblüffender Offenheit: "Das will ich jetzt durchboxen ... in Nutzung meiner Position als Gleicherer unter Gleichen (Chefredakteur, Herausgeber, Geschäftsführer)." Denn: "Journalismus ist immer auch Opportunismus."

Die Forum-Redakteure sind zwar anderer Meinung, aber das zählt bei dieser Zeitschrift "im Eigentum der Redakteure und Angestellten" (Impressum) nicht viel. (Ihre Stellungnahmen werden im März-Heft abgedruckt werden). Mit dem bisherigen geschäftsführenden Redakteur, Michael Siegert, führten wir ein kurzes Gespräch; in einer der nächsten Nummern werden wir auf die Entwicklung des "Neuen Forum" genauer eingehen.

Frage: Was sind die Gründe für den Rechtsruck des "Neuen Forum"?

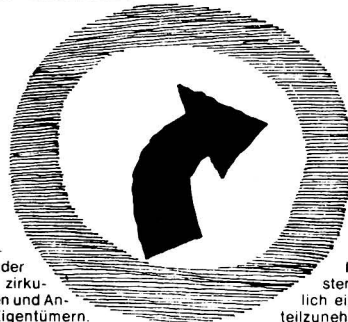
Antwort: Die Rechtskurve, die Nennung da anbahnt, ist ja ein Reflex der allgemeinen politischen Situation. Das "Neue Forum" lebt nicht von seinen Lesern, sondern hauptsächlich von den Inseraten. Dazu kommen noch Subventionen, an dritter Stelle erst die Einkünfte aus Abonnement und Verkauf. Die Krise der Staatsfinanzen führt zu Rückschlägen im Überbau, es gibt Schwierigkeiten bei der Erlangung von Inseraten bei den ver-

staatlichten Firmen, die bei uns als Inserenten sehr stark vertreten sind. So erfährt der Medienmensch die Tendenzwende. Er muß sich dem Rechtskurs der Sozialdemokratie anpassen. Das ist sicher ein Motiv für Nennung: der SPÖ durch einen Rechtsschwenk politisch entgegenzukommen. Darüber hinaus gibt es aber noch etwas anderes, was ihn als Medienmenschen reizt, und das ist die Klemme, in der

Günther Nennung

Achtung

Für eine Korrektur



Kurve!

der Blattlinie

Nachfolgenden Text verfaßte ich als Diskussionsgrundlage für eine Korrektur der Blattlinie des NEUEN FORVM. Kopien zirkulierten vorgängig unter allen Redakteuren und Angestellten des NF, den kollektiven Eigentümern.

Ihre Antworten kommen im nächsten Heft. Die Leser des NF sind herzlich eingeladen, an dieser Diskussion teilzunehmen.

I. Persönliches

Das NEUE FORVM war und ist eine gute Zeitschrift. Sonst war ich nicht dabei.

Das NEUE FORVM könnte eine noch viel bessere Zeitschrift sein. Schon seit längerer Zeit bin ich deswegen frustriert.

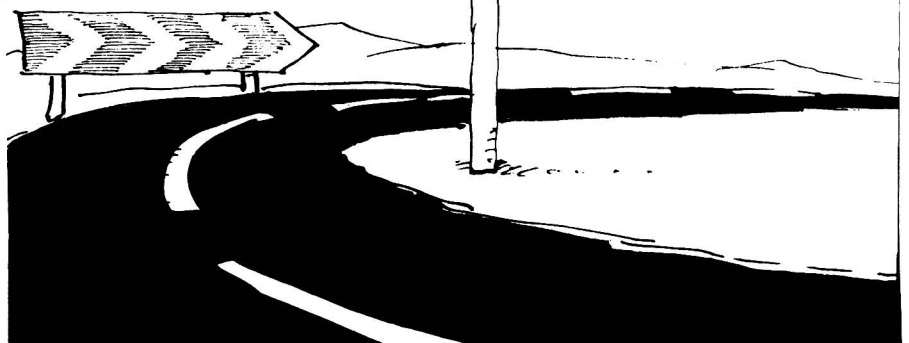
Ich habe den bisherigen Zustand herzlich satt. Durch meine „managerielle Tätigkeit“: Hörschrauben der Einnahmen aus Heftverkauf und Anzeigen; Bremsen der steigenden Ausgaben für Herstellung, Personal, Honorare; Goldaufreißen für das dennoch bestehende Loch zwischen Ausgaben und Einnahmen — habe ich eine Zeitschrift am Leben und Blühen erhalten, in der dann, weil ich vor lauter „Managerie“ fürs Redaktionelle keine Zeit mehr hatte, nicht das drin stand, was meines Erachtens drin stehen sollte und wofür ich die „managerielle“ Plackerei auf mich nahm.

Das soll jetzt anders werden. Das Mini-Verlagsunternehmen ist materiell einigermaßen im Gleichgewicht. Durch Eintritt bzw. Rückkehr von Gerhard Oberschlick in die Verlagsleitung habe ich jetzt mehr Zeit fürs Redaktionelle. Ich geh's also jetzt an.

Wirklich freigespielt für die ordentliche Wahrnehmung meines Jobs als Chefredakteur des NEUEN FORVMs habe ich mich übrigens immer noch nicht. Ich muß mich und die Meinen: kompromißlerisches Amalgam aus Klein- und Großfamilie, am Leben halten, zwar nicht standesgemäß: billige Wohnung, kein Auto, kein Konsumerismus, aber eben doch. Beim NEUEN FORVM gibt es einheitliche Bezüge, wie das Marx so gefiel an der Pariser Kommune: monatlich öS 9.300 brutto für alle Redakteure und nicht-redaktionelle Angestellten. Daher mache ich neben dem NEUEN FORVM meinen Fernsehjob (Monatsschnitt öS 15.000 brutto), und die beiden kommen einander in die Quere, und nochmals quer zu beiden liegt mein Gewerkschaftsjob: Gesamtbezug als Obmann der Sektion Journalisten monatlich öS 350 brutto.

Aber widersprüchliche Beschäftigungen bin ich gewohnt, genug Zeit hatte ich nie, genug Geld erst recht nicht, Schulden immer, desgleichen immer meinen rosa- bis tiefroten Parsifalgläubigen an die Funktion des Intellektuellen bei der Verbreitung von Sozialismus.

gezeichnet von Klaus Pitter



die SPÖ mir ihren Druckmedien steckt und aus der sie mit eigener Kraft und Intelligenz scheinbar nicht herauskommen kann: Ich meine den Niedergang der AZ, das Scheitern der "Zukunft"-Reform, das Fehlen eines SP-Nachrichtenmagazins für die Zielgruppe der sozialen Aufsteiger, eines Konkurrenzblattes zum "profil" also, das ja politisch zur ÖVP gehört. Nennung sucht der SPÖ vorzuxerzieren, wie so etwas aussehen könnte.

Frage: Wie schaut jetzt die Korrektur der Blattlinie im "Neuen Forum" konkret aus?

Antwort: Es geschieht eigentlich nichts in formeller Hinsicht, d.h. es wird niemand entlassen (es gibt ohnehin nur eineinhalb angestellte Redakteure), es werden keine formalen Kriterien in Kraft gesetzt, sondern Nennung ergreift seine Macht als Chefredakteur wieder, die er lange Zeit durch Abwesenheit und Desinteresse nicht ausgeübt hat und drückt einfach durch sein Gewicht, und unter Hinweis auf seine Rolle als Manager und die Verpflichtungen, die er gegenüber unseren Geldgebern eingehen muß, seine und seiner Freunde Artikel stärker ins "Neue Forum" hinein. Es gibt jetzt ein ständiges Paket von sozialdemokratoide(n) Artikeln von einem Viertel des Heftumfangs.

Frage: Die politische Stellung des "Neuen Forum" war in den letzten Jahren innerhalb der Linken schon recht umstritten. Was kann sich da noch mehr verschlechtern?

Antwort: Das große Manko des "Neuen Forum" in den letzten Jahren war, daß es keinen Kontakt zur linken Bewegung hatte. Das war einerseits unsere Schuld, andererseits aber unsere Vorsicht, denn hätte es ein intensiveres Miteinander gegeben, dann hätte das zweifellos zu Rückschlägen mit der SPÖ geführt, deswegen sind wir dem irgendwie aus dem Weg gegangen. Das "Neue Forum" war abstrakt, abgehoben, berichtete eher über ferne Länder und nicht so brennende Probleme. Aber jetzt geht's noch mehr nach rechts.

P. L.



Von Soldaten für Soldaten 'Querschläger'

Der durchschnittliche österreichische Soldat steht dem Bundesheer und dem militärischen Dienstbetrieb mit einer gesunden Portion Abneigung gegenüber.

Dieses Bewußtsein ist weniger Folge spektakulärer Enthüllungen über unerlaubten Waffenhandel und ähnliche Aktivitäten hoher Offiziere, als es auf dem Widerspruch zwischen den Interessen des einzelnen Soldaten und den ihm durch das Bundesheer auferlegten Beschränkungen beruht.

Diese bedeuten für ihn ein Herausreißen aus dem bisherigen Lebenszusammenhang, eine Verringerung des Lebensstandards, den Verlust zahlreicher Grundrechte u.a. Die meisten sind jedoch nicht bereit sich organisiert für ihre Interessen einzusetzen. Es überwiegen Verhaltensweisen wie der Versuch, die sechs bzw. acht Monate möglichst schnell und reibungslos hinter sich zu bringen, die noch vorhandenen Freiheitsräume so weit wie möglich auszunutzen, die militärische Disziplin im täglichen Dienstbetrieb zu unterlaufen oder beim Alkohol Trost und Ablenkung zu suchen.

Da die Zahl der bewußten Antimilitaristen – entsprechend dem niedrigen Stand des Klassenbewußtseins innerhalb der österreichischen Arbeiterschaft – sehr beschränkt ist, kommt es nur in seltenen Zufällen dazu, daß sich in einer Einheit eine Gruppe von Soldaten findet, die ihre Passivität überwinden und beginnen, sich kritisch mit ihrer Situation auseinanderzusetzen.

Zu einer solchen Ausnahmesituation kam es im vergangenen Oktober in einer Wiener Kaserne. Bald nahm die Idee einer Soldatenzeitung Gestalt an. Schon im Dezember konnte die erste Nummer des "Querschläger" erscheinen. Sie setzt sich schwerpunktmäßig mit den Themen Zwangsverpflichtung, Rolle des Bundesheeres nach innen (Objektschutztruppen) sowie seinem möglichen Einsatz im Zusammenhang mit dem Bau und Betrieb von Atomkraftwerken auseinander.

Rückblickend muß kritisch festgestellt werden, daß im Gegensatz zum ursprünglichen Konzept zu wenig vom Bewußtsein und den unmittelbaren Problemen der Soldaten ausgegangen

wurde, was sich in teilweise etwas abstrakt gehaltenen Artikeln niederschlug. Auch fehlt es an konkreten Vorschlägen, wie Widerstand organisiert werden kann, wie Soldaten gemeinsam erfolgreich für ihre Interessen eintreten können.

Teilweise sind diese Mängel auf unsere mangelnde Erfahrung in der antimilitaristischen Arbeit und ein nicht einheitliches politisches Selbstverständnis zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielte aber auch, daß wir über keinen fixen Treffpunkt verfügten und es uns daher nicht gelang, stabile Kontakte zu kritischen Soldaten in anderen Kasernen aufzubauen. Die Voraussetzungen, um hier Abhilfe zu schaffen, haben sich inzwischen verbessert: Wir treffen uns zu einem fixen Termin – jeden Montag, 18 Uhr – in einem Jugendzentrum – 1090, Marktgasse 31.

Während sich dadurch die Chancen für die Gewinnung neuer Interessen und Mitarbeiter verbessern, ist die Frage der finanziellen Absicherung unserer weiteren Arbeit noch offen. Da einige der Mitarbeiter verschiedenen politischen Organisationen angehören, wird zur Zeit daran gedacht, sich als Arbeitskreis etwa in der Form des Personenkomitees für die Rechte der Soldaten zu konstituieren und an die verschiedenen (wenn auch nicht als solche) beteiligten Organisationen mit der Bitte um Unterstützung heranzutreten. An einem gemeinsamen Forderungsprogramm wird noch gearbeitet.

Wir hoffen, noch vor Ende Februar die zweite Nummer des "Querschläger" herausbringen zu können und daneben längerfristig weitere Aktivitäten aufnehmen zu können (Beratung von Soldaten, Aktionen zu verschiedenen Anlässen usw.). Wichtigste Voraussetzung, um diese Pläne verwirklichen zu können, ist jedoch die Mitarbeit weiterer engagierter Antimilitaristen.

TREFFPUNKT:
JEDEN MONTAG – 18 UHR
1090 WIEN, MARKTGASSE
31 (JUGENDZENTRUM)

H. K.



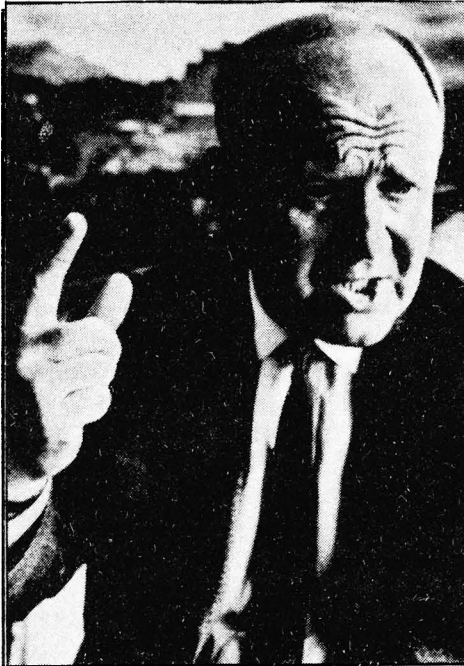
Medien:

Die reaktionäre Internationale

Als Gerd Bacher als gefeuerter ORF-Generalintendant zum "Kurier" kam, hatte er schon größere Pläne. Als es aus dem Führungsposten beim Zweiten Deutschen Fernsehen nichts wurde, leitete er den Wahlkampf der CDU/CSU. Und als weder Kohl noch Strauß Kanzler wurden, ging er als Geschäftsführer zu einem Salzburger Verlag. Aber noch immer wälzt er große Pläne.

In Salzburg ist Gerd Bacher zu seinen Anfängen zurückgekehrt. Begonnen hatte er als reaktionärer Provinzjournalist bei den "Salzburger Nachrichten", die mit amerikanischer Lizenz und im amerikanischen Auftrag das bürgerliche Publikum Westösterreichs ansprechen sollten, das noch immer entweder der grünen oder der braunen Diktatur nachtrauerte. Der Herausgeber der "Salzburger Nachrichten", Gustav Canaval, ehemaliger Sekretär der Schuschnigg'schen "Sturmscharen", verfolgte zusammen mit einer einschlägigen Mannschaft (die ehemaligen Ustascha-Faschisten Dalma und Marcic, der vormalige Pressechef von Heydrich zu Prag, von Wolmar, Viktor Reimann, später VdU-Mitbegründer und jetziger Kronen-Zeitungsschreiber und eben Bacher) einen modifizierten austrofaschistischen Kurs: Kritik der ÖVP und Unterstützung von Gruppen, die von rechts Druck auf sie ausüben sollten. So mischten diese Leute bei vielen Versuchen mit, die "neue Systemzeit" der Koalitionsära durch einen Bürgerblock zu ersetzen. Die FPÖ-Vorgängerin VdU wurde daher als "eine staatliche Notwendigkeit" bejubelt (Bacher im "Bild-Telegraf", 25.10.1954)

Bacher fiel nach seiner Zeit bei den "Salzburger Nachrichten" die Aufgabe zu, eine neue Form für die alten Inhalte zu suchen. 1954 wurde er Chefredakteur des neugegründeten "Bild-Telegraf", der das österreichische Gegenstück zur deutschen "Bild"-Zeitung wurde (siehe "Bacher als Journalist"). Als der "Bild-Telegraf" 1958 verkauft wurde, kam es zum ersten Wiener Pressekrieg. Während das Blatt an den "Kurier"-Herausgeber Polsterer verkauft wurde, der sich den jetzigen "Kronen-Zeitung"-Chefredakteur Dichand holte, blieb die Redaktion mit Bacher bei dem alten Salzburger Freund und Presse-



hausbesitzer Molden und gründete den "Express".

Ein echter Unabhängiger

Als die sogenannte unabhängige Presse 1967 das Rundfunks-Volksbegehren startete, um den ORF vom Koalitionsproporz auf ihre "unabhängige" ÖVP-nahe Linie zu ziehen, und um dem konkurrenzierenden Medium eine Inseratenbremse zu verhängen, war Gerd Bacher ihr Mann als neuer ORF-Intendant. Die Rechtslastigkeit der damaligen Geschichte ist bekannt (siehe dazu: "Offensiv links", September 1974, Seite 8) und führte zum Mißfallen der SPÖ, deren bürokratische ORF-Reform als einzigen guten Punkt Bachers Ablösung beinhaltete.

1974 wurde eine mögliche Fusion "Kronenzeitung"- "Kurier" durch den Ankauf des "Kuriere" durch eine Industriellengruppe verhindert. Jenes Industriekartell, das mittlerweile über Strohmänner den "Kurier", die "Wochenpresse", "Profil" und "Trend" beherrscht – eine Pressekonzentration, über die sich jene natürlich nicht aufregten, die gegen den "Kronen-Kurier" Sturm liefen – wollte mit der Berufung Bachers zum "Kurier"-Chefredakteur ihr Pferd auf dem Boulevard schlagkräftiger machen. Doch wenige Monate später verließ Bacher Hals über Kopf den "Kurier". Seine Freunde bei der CDU/CSU wollten ihn zum Programmdirektor des ZDF machen. Er flog nach Mainz und mußte dort miterleben, wie eine (von der SPÖ aus Wien alarmierte) SPD/FDP-Koalition seine Bewerbung ablehnte.

Die Internationalisten

Arbeitslos, wie Bacher jetzt war, ging er nicht stempeln, sondern zog in die CDU/CSU-Wahlkampfzentrale ein, wo er die Straußsche Parole "Freiheit oder Sozialismus" auch der CDU verordnete und ÖVP-Obmann Taus auf die Idee der "Ideologiediskussion" brachte. Die reibungslosen internationalen Kontakte der Rechtskonservativen sind nicht weiter verwunderlich: Hergestellt werden sie von der CEDI (Centro Europeo de Documentacion e Informacion) mit dem Sitz in München und Madrid. Ehrenpräsident dieser ehrenwerten Gesellschaft ist Otto Habsburg. Mitglieder sind führende spanische und ehemals führende portugiesische Faschisten, in Frankreich die Gaullisten, in der Schweiz James Schwarzenbach mit seiner Anti-Gastarbeiter-Bewegung, in der Bundesrepublik die CSU und in Österreich rechte ÖVP-ler (Bacher, Dalma, Molden, Canaval, Ex-Bundeskanzler Josef Klaus und der Salzburger Landeshauptmann Lechner). Im deutschsprachigen Raum ist Franz-Josef Strauß das Zentrum und mit ihm steht auch die nächste Stufe in Bachers Karriere in Zusammenhang.

Nachdem sich die "Kurier"-Industriellen im Salzburger Kiesel-Verlag, der das "Salzburger Volksblatt", die einzige nationale Tageszeitung Österreichs, eingekauft hatten, bestellten

sie Gerd Bacher zum Geschäftsführer. Der "Kurier" gibt schon seit längerem gemeinsam mit dem braunen Blatt, das als Sprachrohr der rechten FPÖ-Fraktion gilt, eine gemeinsame Beilage heraus. Doch Bacher wäre nicht Bacher, würde er seinen Lebensabend als Geschäftsführer eines Provinzverlages beschließen wollen. Von der CSU wird seit längerem das Projekt ventiliert, in der Nähe von Salzburg, an der deutsch-österreichischen Grenze, einen Privatsender zu installieren, der das Alpenland ideologisch aufrüsten soll. Möglicher Chef des CSU-Funks: Gerd Bacher.

P. L.



Bacher als Journalist im BILD-TELEGRAF

Ein Leitartikel zum Thema "Menschen und Kommunisten":

"Daß es Menschen und Kommunisten gibt, daß die Kommunisten aus der gesitteten, aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen gehören, und daß man diese Erkenntnis dort unverzüglich in die Tat umsetzen muß, wo man die Macht dazu hat... In der Freiheit muß man sie rücksichtslos bekämpfen, auf daß sie nie die Chance haben, ihre Mörderhand gegen die Freiheit zu erheben." (15. 3. 1957)

Über die damalige Jugend ("Halbstarke"):

"In diesen minderwertigen Jammerlappen, diesen Nutznießern einer geduldigen, korrekten, arbeitenden Mitwelt eine 'gesunde, nützliche Kraft' entdecken zu wollen, das käme humanitätsduseligen Pyromanentum gleich." (5. 8. 1957)

Bei der Bundeshymne ärgert sich Bacher

"Daß wir nun zum Freimaurer-Lied unseren Hut ziehen müssen, weil wir dank patriotischer Minderwertigkeitskomplexe Herrn Haydn endgültig an Deutschland abgetreten haben. Dort singen sie nun wieder fest das Deutschlandlied, dessentwegen wir die Bundeshymne entnazifizierten. Geschieht uns aber recht, und ein paar Logenbrüder werden sich schon freuen." (22. 6. 1955)

Über die Slowenen-Organisationen

"von uns blödsinnige blöd-gutmütig tolerierte Irridentisten-Organisationen Belgrader Provenienz und Finanzierung" (24. 9. 1955)

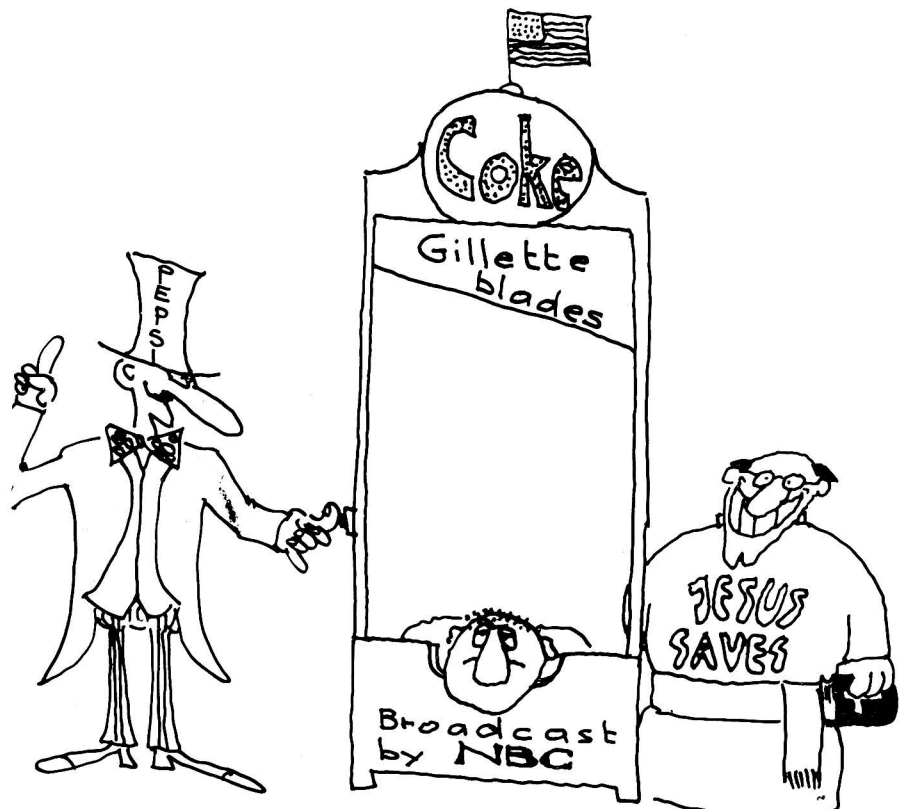
"... daß nämlich in Kärnten endlich der Slowenisierungspolitik Einhalt geboten werden müsse." (12. 1. 1955)

Die Hinrichtung

betitelt sich die Glosse aus der Feder von "ile" (vermutlich die Abkürzung von Ilse Leitenberger) in der "Presse" von 19.1.1977. Es ist ein interessanter Kurzbeitrag über die Vollstreckung des Todesurteils an Gary Mark Gilmore aus der Sicht des bürgerlichen Humanismus. Die Essenz, die "ile" der todernsten Angelegenheit abgewinnt: "Gar nicht erfreulich ist hingegen das internationale Echo auf diese Hinrichtung. Ganz abgesehen davon, daß wieder einmal gegen die Todesstrafe zu Feld gezogen wird, gehören alle Sympathien dem Mörder, während auf die US-Justiz aus allen Rohren geschossen wird."

Unsere Sympathie gehört nicht dem hingerichteten Gilmore, wenn sie auch leichter aufzubringen wäre als die geringste menschliche Gefühlsregung für eine journalistisch gezähmte Bestie der "Presse". Man kann keine Sympathie für Henker aufbringen (obwohl es angeblich ein Beruf ist wie jeder andere), und auch keine Sympathie für jemanden, der nach dem Henker ruft, und sei es nur, um

sich selbst dessen Diensten zu überantworten. Es wäre ein Wunder gewesen, hätte die Sache um Gilmore den Effekt erzielt, der ihr von Gilmore selbst vielleicht mit selbstmörderischer Ironie zugrundegelegt wurde: die Todesstrafe exemplarisch ad absurdum zu führen. Denn genau das ist hier geschehen. Ein zweifacher Mörder, der zum Tode verurteilt und dann begnadigt wird, zieht, nachdem er seine Jugend hinter Gefängnismauern verbracht hatte, den Tod lebenslanger Gefangenschaft vor. Er bittet nicht nur, er kämpft um seine Hinrichtung. Wem soll sein Tod noch Mahnung sein, wem kann er zur Abschreckung dienen? Für viele - nicht nur Kriminelle - in aller Welt, wird er den Heldentod gestorben sein. Er hat der furchtbarsten Vergeltung, die menschliche Justiz üben kann, ihren Schrecken genommen, sie als die höchste Ehre, die einem Schwerverbrecher widerfahren kann, glorifiziert. So schlägt die Umkehrung aller Werte durch einen Kriminellen unserer ehrbaren Bourgeoisie, die, ob klein



That's showbusiness

oder groß, ständig um ihren Besitz und ihr Leben zittert, ein grausames Schnippchen. In der besten aller Welten, in der alle bürgerlichen Ideale und Tugenden einzig und allein am Streben nach dem Geld und dem dabei erzielten Erfolg gemessen werden, zählte das Leben des Nächsten ohnedies die längste Zeit nichts mehr. Nun aber zählt auch das eigene Leben nichts mehr, dessen Hinfälligkeit durch die Todesstrafe als Garantie dafür galt, daß es das fremde Leben achtete. Die Zahl derer, die lebenslänglicher Armut die vielleicht nur kurz währende, dafür aber auf der Stelle herbeigeschaffte Bereicherung vorziehen, nimmt laufend zu: Erpressung, Kidnapping, Entführungen, Banküberfälle stehen auf der Tagesordnung und schon erschallt in den Ländern, die die Todesstrafe abgeschafft haben, der laute Ruf nach dem Henker. Der aber entpuppt sich als lahme Ente. Tod, wo ist dein Schrecken?!

P. M. Lings, der nach dem Überfall auf die Stockholmer Botschaft der BRD gleichfalls auf dem "Profil"-Chefredaktionstisch am Strick bastelte (versteht sich, um ihn nur in Ausnahmefällen, bei Terroristen eben anzulegen) - und alle anderen intelligenten Befürworter der Todesstrafe werden sich am Ende nach anderen Möglichkeiten umschauen müssen.

Wäre nicht der Faschismus so ein garantiert wirksames Mittel, wenn Fallbeil, Strick und elektrischer Stuhl eher modisch anziehend denn abschreckend wirken? Ich wette, ich habe einen geheimen Gedanken von ihnen verraten

Z.



Sie kennen ihr
Zielpublikum!

Sind Sie für die Todesstrafe?
Dann kaufen Sie noch heute die
neue National-Zeitung
(bei jedem Trafikanten erhältlich)
Bezahlte Anzeige

Aus: "Kronen-Zeitung" vom 14. 1. 1977

BRD-Aufrüstung gegen den (inneren) Feind

- 2. Teil

Wie sich die BRD in die Angelegenheiten anderer Länder einmischt

Rolf Pohle, der durch die Lorenz-Entführung im März 1975 aus der Haft freigekommen war, wurde am 21. Juli 1976 in Athen verhaftet, nachdem ihn ein westdeutscher Tourist auf der Ägäis-Insel Mykonos denunziert hatte. Nach Pohles Festnahme gingen die deutschen Behörden selbstverständlich davon aus, daß er sofort aufgrund eines Antrages ausgeliefert werde. Das bayrische Innenministerium schickte zu diesem Zweck eigens eine Lufthansa-Sondermaschine nach Athen, die Pohle sofort mitnehmen sollte. Sie mußte aber wieder leer zurückkehren, weil Pohles Anwalt Jannopoulos dem Justizminister drohte: "Wenn Sie diese Piraterie zulassen, werden Sie morgen eine Demonstration von 5.000 Anwälten auf den Straßen von Athen erleben."

Die Worte des Anwalts drückten nur das aus, mit dem weder die Karmanlis-Regierung noch die Regierung in Bonn gerechnet hatten: Die Solidarität mit Rolf Pohle nahm in Griechenland immer breitere Formen an.

Die brutalen Fernsehaufnahmen von Pohle nach seiner Verhaftung - Polizisten zertraten den sich heftig zur Wehr setzenden vor die Kamera und drehten seinen Kopf ins Scheinwerferlicht - riefen bei vielen Griechen schreckliche Erinnerungen an die faschistische Junta wach. In der bürgerlichen griechischen Massenpresse wurde hervorgehoben, daß Pohle Ende der 60er Jahre als Jurist und Mitglied der Münchner Rechtshilfe vielen von der Junta verfolgten Griechen half.

Auch die offiziellen griechischen Stellen hatten Schwierigkeiten mit dem deutschen Auslieferungsantrag. So meinte ein hoher Athener Polizeibeamter zum "Stern": "Das Belastungsmaterial aus Wiesbaden ist so dünn, daß wir ihn also nicht gut

abschieben konnten."

Rolf Pohle wurde wegen "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung und illegalen Waffenerwerbs" in der BRD zu 6 Jahren und 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Delikte sind im Auslieferungsabkommen von 1907 zwischen der BRD und Griechenland gar nicht enthalten. Nach griechischer Rechtsauffassung sprachen vorerst noch weitere Gründe gegen Pohles Auslieferung:

- Die Freilassung Pohles im März 75 und die Abreise in den Südjemen wurden als rechtswirksame Begnadigung angesehen.
- Er hatte bereits über die Hälfte seiner Strafe abgesessen.
- Anlässlich des Austausches von vier politischen Gefangenen gegen den entführten Lorenz hatte Heinrich Albertz versichert, daß die Bundesregierung auf künftige Auslieferungsanträge verzichten würde.

Deswegen wurde auch von der Athener Oberlandesgerichtskammer entschieden, Pohle nicht auszuliefern.

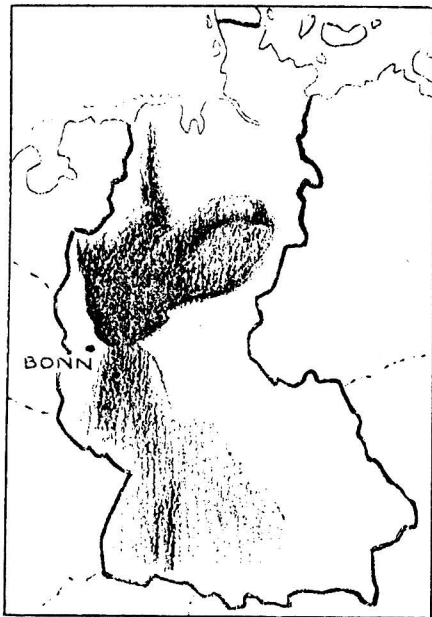
Doch auf Druck der griechischen Regierung wurde der Fall Pohle noch einmal aufgerollt und zwar beim

obersten Gerichtshof, dem Areopag.

Pohles Verteidiger Jannopoulos legte dem Gericht umfangreiches Material über die Behandlung politischer Gefangener in der BRD vor.

Der Areopag ließ am 30. 8. 1976 die in der BRD bereits als "halbe Terroristen" geltenden Baader-Meinhof-Verteidiger Ströbele und Wächtler als Sachverständige für die Bewertung politischer Straftaten in der BRD kommen und aussagen.

Einen Brief des deutschen Bundeskanzler Schmidt an Karamanlis, in dem die Auslieferung Pohles verlangt wurde, charakterisierte die größte liberale Zeitung "Vima" als "wütend und hart, im Stile Bismarks". Die größte griechische Zeitung "Ta NEA" schrieb zu der Bezeichnung "Terrorist": "Und wenn Panagoulis (einer der bekanntesten Widerstandskämpfer gegen die Junta, der voriges Jahr auf mysteriöse Weise ums Leben kam, Anm. d. Red.) ins Ausland geflüchtet wäre, wäre er von der Junta als Terrorist bezeichnet worden, die seine Auslieferung verlangt hätte."



Der "Spiegel" (Nr. 37, 6.9.1976) flippte bei seiner Berichterstattung über den Prozeß aus: "Kein Hauch von Stammheim... Kein deutscher Sicherheitsexperte, der diese Welt verstünde... das Deutschland-Bild in Griechenland so drastisch verfinstert... "Andreas Papandreou, Vorsitzender der stärksten griechischen Oppositionspartei, der Panhellenistischen Sozialistischen Bewegung (P.A. S.O.K.) erklärte dem Spiegel" gegenüber; "daß er nicht die Absicht habe, sich zum Richter über Pohles politische Auffassungen und Taten zu erheben... Alles, was ich zu akzeptieren habe, ist die Unabhängigkeit Griechenland gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, eine Unabhängigkeit, die Bonn mit seiner Intervention in flagranter Weise verletzt hat."

Am 1. Oktober 1976 stimmte Areopag dem Auslieferungsantrag der BRD mit einem Stimmenverhältnis von 6:1 zu. Damit wurde das Urteil des Athener Oberlandesgerichts, das Pohle als politischen Häftling anerkannte, aufgehoben. Gegen diese Entscheidung gab es keine Einspruchsmöglichkeit mehr. Pohles Überführung wurde noch

am selben Tag eingeleitet. Das BRD-Gefängnis in dem er jetzt sitzt, gilt als eines der sichersten: Straubing, Bayern.

Die Richter des Areopag – ausnahmslos alt – haben – daran hatte niemand Zweifel – auf Anweisung von "oben" ihr Urteil gesprochen. Während der

"Am Beispiel Peter Paul Zahl"

Zusehends sieht sich der Staat (und seine Justizorgane) veranlaßt, politisch motivierte Handlungen zu kriminalisieren. Nicht auf Hintergründe eingehen zu müssen, sondern von "ganz gewöhnlichen Kriminellen" zu sprechen, hat schließlich Tradition – nicht nur in der BRD. Aus politischen Motiven werden kriminelle Straftaten, aus ihren Trägern Terroristen – sprich Verbrecher. Unter Hinweis auf seine bedrohte Existenz schlägt der Staat überall zu, wo er es für ratsam hält; mit aller Brutalität seines weiter wachsenden Machtapparats.

Ein Beispiel für Viele: der Schriftsteller Peter-Paul Zahl; ein Beispiel, das die "Frankfurter Rundschau" in einem Artikel bezeichnungsvoll übertitelt "Von der Beredtheit des Verschweigens". W.F. Schoeller schreibt: "Verhängt wurde nicht nur eine barbarische Strafe, sondern auch ein intensives Schweigen darüber... Es ist zwischen zwei Gewalten ein instinktives Abschreckungskomplott am Werk: nach der "speziellen Abschreckung des Angeklagten" durch das Gericht das Zurückschrecken der Presse vor der Beschreibung des Falls... Vor den sogenannten Verfassungsfeinden, gar wenn sie noch 'intelligent' sind und schriftstellerisch tätig, breitet sich eine besondere Gattung von Literatur aus: die stumme Beredtheit des Verschweigens aller Voraussetzungen ihrer Radikalität. Vorgesehen wäre, man traute sich kaum mehr diese Binsenweisheit der bürgerlichen Demokratie anzuführen, als Verkehrsform zwischen diesen beiden Gewalten Justiz und Presse kontrollierende Kritik. Aber ganz im Gegensatz dazu bildet sich eine Wahrheit heraus, die in Stereo tönt: die Wahrheit der Auslassungen."

Der "Tatbestand"; Peter-Paul Zahl hat sich am 14. Dezember 1972 einer Kontrolle durch Zivilbeamte entzogen. Es kam zu einem Schußwechsel – Peter-Paul Zahl wird an beiden Armen erheblich, ein Beamter schwer verletzt. Versteckt greift er – trotz Munition – nicht-mehr zur Pistole.

"Statt eines 'normalen' Strafmasses, das sich zusammensetzt als Gleichung von Tat, Umständen und Vorbehalt des Zweifels, hat ihm die Sache nach dem Fingerzeig des Bundesgerichtshofs fünfzehn Jahre eingebracht. Der Hintergrund dafür wird im Urteil vermerkt. Der Angeklagte sei 'ergriffen von einem tiefgreifenden Haß auf unser Staatswesen'. Im Vordergrund stehe 'die spezielle Abschreckung des Angeklagten und die Sicherung der Allgemeinheit vor diesem Angeklagten'."

Eine Dokumentation über einen Menschen, der sich an seiner Umwelt politisierte; der aktiv eingreifen wollte (schriftstellerische

Tätigkeit, Gründung eines Verlags, diverse politische Agitationen); der behindert und verfolgt wurde (Hausdurchsuchungen, mehrmalige Durchsuchung der Verlagsräume, Beschlagnahme von Materialien); und der schließlich – als Staatsfeind und Krimineller entlarvt – für fünfzehn Jahre hinter Gitter wanderte.

Eine Dokumentation, die Peter-Paul Zahl selbst zu Wort kommen läßt. In Gedichten und Prosa, in Briefen und Stellungnahmen werden eigene Reflexionen zu Verfahren und Urteilen wiedergegeben. Es selbst schildert seinen Lebenslauf, seinen politischen Werdegang und gesellschaftliche Hintergründe.

Das Kapitel "Zur Dialektik von Opfer und Kampf: illegal kämpfen oder illegalisiert werden" oder "Wie baut man einen 'Terroristen' auf und gibt ihn zum Abschluß frei?" beginnt Peter-Paul Zahl mit folgenden Zeilen: "Ich werde nun aber, Punkt für Punkt, eine Praxis der Staats'schützer' aufzeigen, mit der dringenden Bitte an alle Schwestern und Brüder, die richtigen Konsequenzen zu ziehen, ein Lehrstück über Illegalisierung in ihre Überlegungen einzubeziehen, werde zeigen, in welchem Wechselverhältnis Gruppen und Individuen in ihrer Subjektivität – ihrer Rolle als Kämpfer im Klassenkampf – und ihrem Objektsein – als Popanz, Manövergegner oder Opfer von Staatsapparaten und Medien – stehen. Möchte an diesem Lehrstück zeigen, wo und wie der Staatsapparat und die gleichgeschalteten Medien angefangen haben, die Strategie des Krieges gegen die Opposition, des Ausschaltens von Widerstand zu praktizieren.

Ich werde nun, Punkt für Punkt, die psychologische Kriegsführung darlegen, das Monster an Lügen und Unterstellungen, Verdächtigungen und Hetze entlarven, das Zusammenspiel von Politischer Polizei, Staatsanwaltschaft, Ministern und Presse im Fall des 'vermutlichen Terroristen Peter-Paul Zahl' darlegen und analysieren. Ich gehe dabei chronologisch und thematisch vor."

Peter-Paul Zahl schreibt weiter – im Gefängnis. "... wenn er seinen politischen Lernprozeß darstellt, dann vertritt er auch für andere Gefangene die Identität, die die Herrschenden ihnen absprechen."

Harald Ahnelt

EINZELBEZUG: Initiativgruppe Peter-Paul Zahl, Myliusstraße 58, D-6 Frankfurt

Ein Exemplar liegt – entlehnbar – im Archiv der FÖJ/BfS, Porzellangasse 33a/4 (Montag – Freitag 14-20 Uhr) auf.

Verlesung der Urteilsbegründung gab es Proteste gegen die Richter des Areopag, die schon während der Militärdiktatur im Amt waren. Pohles Hauptverteidiger Jannopoulos erklärte, wegen des "unglaublichen Fehlurteils niemals mehr jemanden vor diesem Areopag zu verteidigen"!

Der "Fall Pohle" zeigte auch mit welcher Dreistigkeit die BRD-Polizei im Ausland eingesetzt wird. Teilweise als "harmlose deutsche Touristen" getarnt, spitzelten sie auf Campingplätzen, in Hotels und anderen Fremdenverkehrszentren herum. Am Kanal von Korinth kontrollierten sie z. B. Autos deutscher Touristen. Über diese offensichtliche Amtsanmaßung war die griechische Regierung nicht einmal formell benachrichtigt worden. Welches Ausmaß dieses deutsche Polizeiunwesen auf griechischen Hoheitsgebiet schon angenommen hatte, kam ans Licht, als deutsche Polizisten der griechischen Polizei eine umfangreiche Liste über "Terroristen" und ihren Aufenthaltsort vorlegten. Die Schauermärchen über ein RAF-Hauptquartier und daß neue Terroranschläge bevorstünden, durften dabei natürlich nicht fehlen. Zu Recht wurde in der griechischen Presse der Vergleich mit den Methoden der Nazibesatzung gezogen: Die Gestapo "kontrollierte" und die einheimischen Kollaborateure vollstreckten dann die "Erkenntnisse".

(wird fortgesetzt)

W. M.

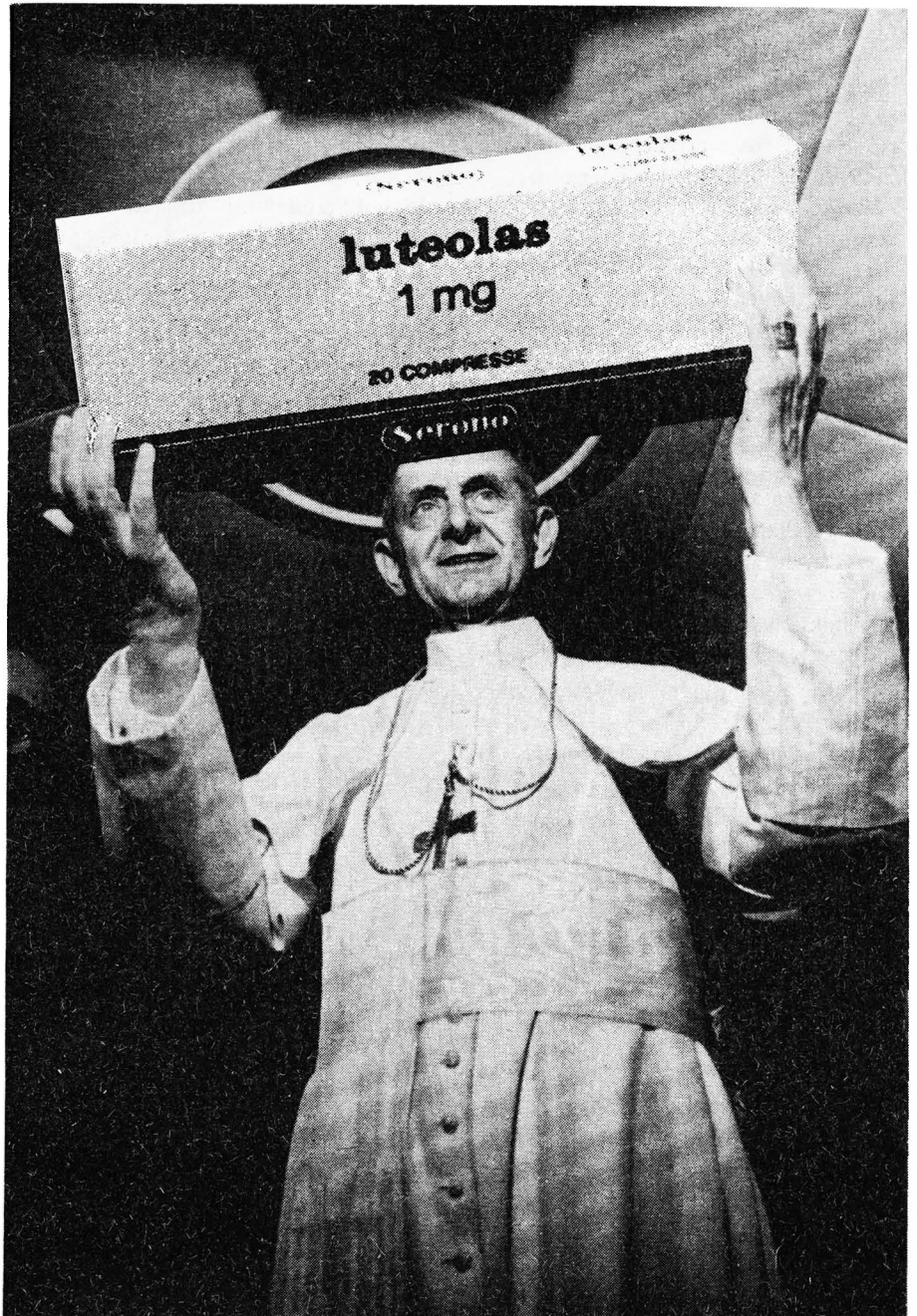


Die Geschäfte des Vatikan

Unseren täglichen Profit gib uns heute

Guilio Carlo Argan, auf einer kommunistischen Liste gewählter Bürgermeister von Rom, wurde am 3. Jänner von Papst Paul VI. empfangen. Im Verlauf der Audienz wies der Kirchenfürst auf die Einzigartigkeit Roms hin, die darin bestehe, daß diese Stadt Sakrales und Profanes in sich vereine. In seiner Antwort erklärte Bürgermeister Argan: "Die Spekulation

mit dem römischen Boden bekämpfen, heißt seine Heiligkeit und Geschichtsträchtigkeit verteidigen." – Ein Satz, der zumindest eine elegante zweideutige Anspielung darstellt: Nur einen Tag zuvor hatte nämlich das der Radikalen Partei nahestehende Wochenblatt "Europeo" den größten Grundstückspekulant Roms gebrandmarkt – den Vatikan.



(Luteolas = Antibabypille)

Auf sieben vollen Druckseiten veröffentlichte dieses Magazin die Liste der vatikanischen Besitztümer in der "Heiligen Stadt", zusammengerechnet ein sattes Viertel römischen Grund und Bodens. Darauf befinden sich aber nicht nur Kirchen, Klöster und Paläste, sondern auch Hotelketten, Appartement-Häuser und Banken. Das päpstliche Zentralorgan "Osservatore Romano" dementierte halbherzig, getreu dem Wort Paul VI.: "Der Heilige Stuhl braucht nichts zu dementieren. Die Zeit besorgt das für ihn." "Europeo" habe die Besitzverhältnisse nicht richtig dargestellt, nur über einen Bruchteil der Immobilien verfüge der Vatikan, lautete die Entgegnung. Rein formaljuristisch dürfte das sogar stimmen. (Genau läßt sich das freilich nicht feststellen, da der Vatikan im Verlaufe seiner Geschichte noch keine einzige Bilanz veröffentlicht hat und alle Finanztransaktionen dem "Secretum Ponificum" = Päpstliches Geheimnis, unterliegen.)

Ebenso wie Großunternehmen um dem Zugriff des Finanzamtes oder einer Kartellbehörde zu entgehen, mit dem Stammhaus auf das abenteuerlichste verzweigte Tochter- bzw. Scheinfirmen gründen, verfährt auch der Kirchenstaat. Allein er selbst verfügt schon über vier verschiedene Budgets. Darüberhinaus fungieren die 212 in Rom ansässigen Orden als selbständige finanziellen Einheiten, unterstehen aber nicht nur ideologisch dem Vatikan. So verkauften jüngst die Franziskanerinnen - benannt nach jenem Franz von Assisi, der im 13. Jahrhundert die Armut predigte - ein Kloster um 1,1 Milliarden Lire an eine vatikaneigene Baugesellschaft. Diese riß das Gebäude ab, erbaute ein Luxushotel und verkaufte um vereinhalf Milliarden Lire an eine weitere Gesellschaft mit vatikanischer Mehrheitsbeteiligung. Das Motiv für derartige Transaktionen, die an der Tagesordnung sind, ist klar: Auf Grund des italienischen Konkordates ist der Stadtstaat von Abgaben an den italienischen Fiskus befreit. Auf diese Weise werden je nach Bedarf und Ertragslage Objekte vom Vatikan verstaatlicht oder entstaatlicht. Wo dies nicht geht, hält dann schon einmal eine Briefkastenfirma in Panama her oder auch ein ganz normales Unternehmen, dessen vatikanische Beteiligung sorgfältig kaschiert bzw. deren Höhe unbekannt

ist, da es sich um anonyme Aktien handelt. Vor zehn Jahren schätzte bereits der italienische Finanzminister, der Vatikan verfüge über italienische Aktien im Gesamtwert von umgerechnet 4,66 Milliarden Schilling mit einer jährlichen Dividende von 160 Millionen Schilling, was allerdings eine Untertreibung sein dürfte. Die Schätzungen des international gestreuten Anlagekapitals schwanken zwischen 160 und 420 Milliarden Schilling ("Economist", "Time").

Der Heilige Geist bürgt für Kredit

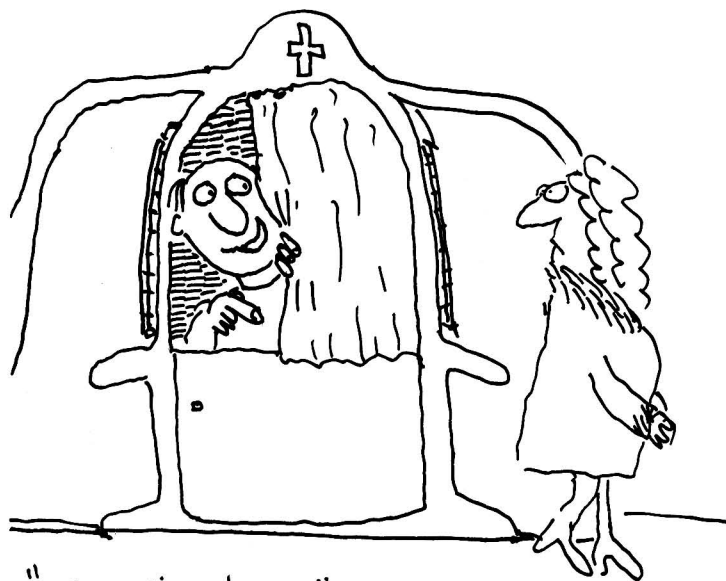
Bei seinen Investitionen läßt sich der Vatikan, dessen Reich angeblich nicht von dieser Welt ist, zum eigenen Vorteil nicht durch religiöse Vorurteile beirren. So stellt der pharmazeutische Betrieb "Istituto Farmacologico Sero" mit kirchenstaatlicher Finanzbeteiligung die Antibabypille "Luetolas" her. Weniger heiter wirken Finanzverflechtungen wie mit Snia Viscosa, Mailand, welche u. a. Munition vom Kleinkalibergewehr bis zur Panzerabwehrwaffe herstellt.

Als weitere Vatikan-Beteiligungen seien hier - ohne Anspruch auf Voll-

ständigkeit - aufgeführt: Chase Manhattan-Bank, Colgate, General Foods, Procter & Gamble, Exxon, Unilever, Westinghouse, Goodyear Tire & Rubber Company, Firestone; außerdem auch an der Stahl- und Waffenfabrik Bethlehem-Steel. Aber die hat ja wenigstens einen fromm klingenden Namen. Wie man überhaupt von seiten des Vatikan auf religiöse Firmennamen Wert legt - die besten Satiren werden ja bekanntlich nicht erfunden, sondern sind Realität: So heißt die Vatikanbank "Institut für die Werke der Religion", ein weiteres derartiges kirchenstaatliches Unternehmen (insgesamt sind es sieben) "Bank vom Heiligen Geist".

Zur Zeit steht der Vatikan, dem mindestens 250.000 Hektar italienischen Bodens gehören, wegen seiner Grundstücksspekulationen, vor allem durch die als größte und unersättlichste italienische Maklerfirma bekannte "Società Generale Immobiliare", wieder einmal im Zwielficht. Abzuwarten bleibt, ob diese Beleuchtung, bei der den kirchenstaatlichen Dunkelmännern bereits die Augen zu tränen beginnen, sich zur Tageshelle wandelt. Die Mandatäre der KPI, die mit dem Slogan "Wir haben keine schmutzigen Hände" aus der letzten Wahl hervorgingen, werden darauf achten müssen, daß sie jene durch zu häufiges Händeschütteln nicht verunreinigen.

R. H.



"Wenn Sie schon sündigen und die Pille nehmen, dann wohl hoffentlich unsere Marke"

'Rentenklaue'?

"Jahrelang waren die Sozialversicherungen einer der größten Kapitalgeber der Wirtschaft; jetzt drohen sie erstmals zu Kapitalnehmern zu werden", klagte Herr Franz-Josef Strauß Ende September in einer Wahlkampf-runde des Deutschen Fernsehens. Auf diese Sorge um die Wirtschaft, d.h. Finanzbourgeoisie, entgegnete Helmut Schmidt, die Renten seien auf Jahre gesichert, es bleibe bei der geplanten zehnpromzentigen Erhöhung im kommenden Sommer und die Rentner sollen sich nicht für dumm verkaufen lassen.

Als dann der neugewählte Bundeskanzler, mit der Verschiebung der Rentenerhöhung um ein halbes Jahr, die Rentner für dumm verkaufen wollte, verhinderte nur die einstimmige Empörung der Rentner und Arbeitnehmer diesen Betrug. Die Unternehmer sind nun auf ihren ungeschickten Diener sauer, denn um die Renten im kommenden Sommer erhöhen zu können, muß die Bundesregierung an die Rentenversicherungen wenigstens einen Teil ihrer Schulden zurückzahlen und das bedeutet, weniger billige Kredite für die Kapitalistenklasse.

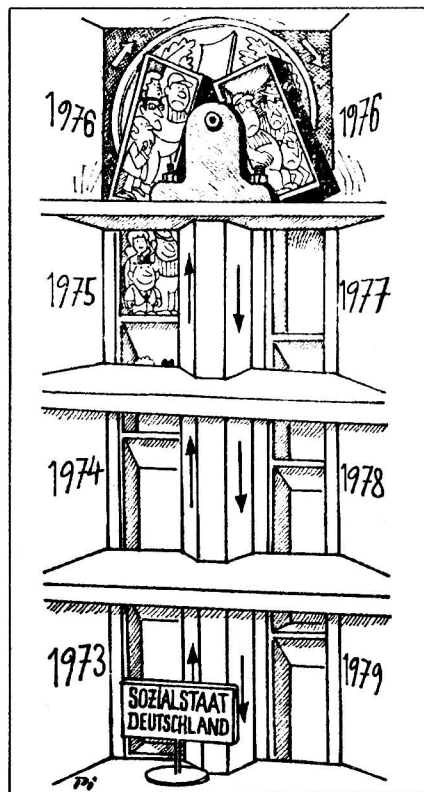
Es ist sehr schön von Herrn Strauß, daß er zugegeben hat, daß die Sozialversicherungen eine Sparkasse für die Unternehmer sind. Weniger schön allerdings ist, daß die Arbeiter diese Versicherungen brauchen.

Der Sklavenhalter mußte seinen Sklaven für teures Geld kaufen. Ist der Sklave gestorben, so hatte der Sklavenhalter neue Auslagen. Diese Tatsache motivierte den Sklavenhalter zu einer gewissen Fürsorge für seine Sklaven.

Die Kapitalisten haben andere Sorgen. Wenngleich es ihnen völlig egal wäre, ob sie eine länger lebende Arbeitergeneration ausbeuten oder zwei kurzlebige in der gleichen Zeit, darf man nicht annehmen, der Kapitalist sei aus humanistischen Gründen an der Gesundheit der Arbeiter interessiert. Vielmehr waren zur damali-

gen Zeit die Kindersterblichkeit und - mißbildungen so groß, daß erstens die Rekrutierung der Soldaten nicht mehr gewährleistet war, zweitens war mit der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus nicht nur ein arbeitsfähiger Körper, sondern auch die geistige Wendigkeit der Ausgebeuteten notwendig, woraus sich die Notwendigkeit ergab, gesundheitspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Schließlich kauft der Kapitalist zum Unterschied vom Sklavenhalter nicht den Arbeiter, sondern nur seine physische und psychische Arbeitskraft und je effektiver diese ausgebeutet wird, desto rascher wird sie verbraucht. Mit den Schicksalsschlägen wie Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit usf. muß der Arbeiter selbst fertig werden.

Verliert der Arbeiter seine Arbeitsstelle, so muß er - meist für weniger Lohn - sich eine neue suchen.



Den Druck der industriellen Reservearmee spürt die ganze Klasse. Die Kapitalisten finden das wunderbar. Sie begeistern sich über die gestiege-

ne Arbeitsmoral oder am Sinken der Krankenstände in Krisenzeiten. Dieses Sinken der Krankenstände hat meist das Steigen der Sterbefälle zur Folge. Die Kapitalisten und ihre Verteidiger sprechen immer wieder von der steigenden Lebenserwartung des Arbeiters, die es tatsächlich kaum gibt. Beim genaueren Hinsehen zeigt sich nämlich, daß die gestiegene Lebenserwartung der Bevölkerung zum Großteil auf das Sinken der Kindersterblichkeit zurückzuführen ist. Milliardenbeträge für die medizinische Forschung sind rausgeschmissenes Geld, im Vergleich zu den effektiven Maßnahmen, die die Lebenserwartung der Arbeiter erhöhen können, z.B.: Verbot von Überstunden, Kampf für den Siebenstundentag, Kampf für höhere Löhne, Kampf für bessere Arbeiterversicherungen usw.

Es ist eine der Frechheiten des bürgerlichen Staates, die Arbeiterversicherungen als eine barmherzige Institution hinzustellen. In den Schulbüchern wird - wie so oft - Bismarck als der Begründer der Sozialversicherungen angeführt. Dies stimmt, doch er tat dies, weil der Druck von unten schon zu groß, eine Radikalisierung der Arbeiterschaft spürbar war - aber darüber schweigt die bürgerliche Geschichtsschreibung! Die Beiträge für die Versicherungen sind Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft, also Bestandteil des Lohnes. Sie müssen von den Unternehmern bezahlt werden. Das ist recht und billig. Mit den Arbeitgeberbeiträgen und den Zuschüssen aus der Staatskasse haben sich die Kapitalisten eine Begründung verschafft, die Versicherungen über den bürgerlichen Staat zu verwalten und verschleiern damit die Herkunft der Gelder aus dem Lohn. Wie sie diese Versicherungen verwalten ist wohl klar, natürlich nach ihren Profitinteressen.

Der Kampf um die Verbesserung der Arbeiterversicherungen ist ein grundlegender Faktor im Klassenkampf der Arbeiterklasse und die Frage nach der Möglichkeit einer echten Selbstverwaltung (nicht nach dem bürgerlichen Selbstverwaltungsverständnis in Form von paritätisch besetzten Kommissionen) dieser Versicherungen gehört zur Diskussion gestellt.



"Dissident ist die Parteiführung"

Die Forderungen nach demokratischer Mitwirkung des Volkes in allen gesellschaftlichen Bereichen und nach Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte sind wesentliche sozialistische Forderungen in Ländern, in denen das Privateigentum an Produktionsmitteln weitgehend abgeschafft ist. Die Linken im Westen, an die sich auch die Linken im Osten immer wieder wenden, begreifen erst allmählich, daß die bisher weitgehend geübte Indifferenz einer aktiven Solidarität weichen muß.

Den Fall Biermann hat erst die Solidarisierung vieler der bekanntesten und auch vom Regime geachteten Künstler der DDR für die SED-Bürokratie zu einem Bumerang gemacht. Die Existenz einer immer breiter werdenden internen Opposition ist ein qualitativ neues Phänomen, überhaupt gegenüber der einstigen "Abhauer-Bewegung" jener Zehntausende, die der DDR durch Flucht in den Westen einfach den Rücken gedreht haben. Und noch etwas ist gegenüber früher ein qualitativer Sprung: die Gleichzeitigkeit des Phänomens in einer Reihe von Ländern, die von der DDR und der CSSR im Westen über Polen und die SU bis zur VR China im Fernen Osten reicht. Bevor wir im folgenden auf die derzeit aktuellste Entwicklung, auf die "Charta 77" in der CSSR eingehen, einige Beispiele:

Am 13. Jänner werden in Peking Wandzeitungen publiziert, in denen über Anschuldigungen gegen die "Vierverbände" hinaus Forderungen nach "sozialistischer Volksdemokratie" erhoben werden. "Der Vorsitzende Hua Guo-feng und das Zentralkomitee sollten so schnell wie möglich sozialistische Demokratie und Freiheiten wiederherstellen..."

"Sie sollten garantieren, daß die Massen das Recht besitzen, ihre politischen Ansichten zu äußern und die Kontrolle über ihre Führungskräfte aus allen Ebenen ausüben."

Der marxistische Historiker Roy Medvedev und der Mathematiker Valen-

tin Turtschin wenden sich an die kommunistischen und sozialistischen Parteien Westeuropas um Unterstützung, als die sowjetischen Behörden mit repressiven Maßnahmen gegen die Initiatoren der "Gruppen für die Überwachung der Durchführung des Helsinki-Abkommens" vorgehen.

Ein "Komitee für die Rechte der Arbeiter", dem zunächst 172 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören, protestiert in einem Brief an das Parlament gegen Folterungen und Mißhandlungen an den verhafteten Arbeitern von Radom. Fast alle Arbeiter, die wegen der Teilnahme an den Juni-Streiks vor Gericht gekommen waren, haben während der Prozesse von Mißhandlungen berichtet.

Am Mittwoch, dem 19. Jänner veröffentlichten in Ungarn mehrere Dutzend bekannter Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle eine Solidaritätserklärung mit den Unterzeichnern der "Charta 77" in der CSSR.

1977 - Jahr der Menschenrechte. In der CSSR veröffentlicht eine Gruppe von mehr als 300 Personen eine Erklärung - die "Charta 77" in der die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung an die Einhaltung der Verfassung und der internationalen Verträge erinnert wird. Wörtlich:

"Die Grundrechte existieren in unserem Land derzeit nur auf dem Papier. Viele tausende junge Leute sind von der Mittel- und Hochschulbildung ausgeschlossen und mit Berufsverboten belegt, weil ihre Eltern oder sie selbst "politische Meinungen haben, die sich von den offiziellen unterscheiden." Die zuständigen Funktionäre fühlen sich anscheinend allein sich selbst verantwortlich.

"Die Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Bürgerrechte in unserem Land liegt vor allem bei der politischen Macht und bei der Staatsmacht, aber nicht allein bei ihr. Jeder trägt selbst einen Teil Verantwortung... Das Gefühl der Mitverantwortung, der Glaube, daß das Engagement des



Marschall Breschnew

Bürgers sinnvoll ist, der Wille, uns zu engagieren, sowie das gemeinsame Bedürfnis, das in einer wirkungsvollen Weise zum Ausdruck zu bringen, haben uns veranlaßt, die Charta 77 zu begründen."

"Die Charta 77 ist nicht die Basis einer politischen Oppositionsarbeit.

Sie will den Interessen der Allgemeinheit dienen, wie viele vergleichbare Bürgervereinigungen in verschiedenen Ländern in Ost und West. Sie will kein eigenes Programm politischer oder sozialer Reformen aufstellen oder Veränderungsvorschläge machen, sondern in ihrem Wirkungsfeld einen konstruktiven Dialog mit der politischen Macht und der Staatsmacht betreiben und deren Aufmerksamkeit auf die verschiedenen konkreten Fälle der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten lenken und allgemeine Vorschläge machen, wie man diese Rechte und deren Garantien erweitern kann..."

Das Unterzeichnerkomitee, in dem zahlreiche prominente Marxisten und ehemals führende Funktionäre der KPC vertreten sind, kündigte regelmäßige Veröffentlichungen und Stellungnahmen an. Die erste Resolution mußte sie sich jedoch selbst

widmen: Am 6. Jänner unternahmen die tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden Polizeiaktionen gegen

Sozialisten, Kommunisten und Demokraten, die sich zur "Charta" bekannt hatten. Nach der politischen Ächtung folgte die Kriminalisierung.

Mehrere Unterzeichner wurden verhaftet und verhört, aus den Wohnungen der Betroffenen wurden Dokumente, Bücher, Zeitschriften und zahlreiche Notizen und Gegenstände des privaten Gebrauchs beschlagnahmt. Beim Schriftsteller Ludvik Vaculik nahm die Polizei unter anderem ein Exemplar der offiziellen Gesetzestexte mit den Bürgerrechtsparagrafen mit - ein höchst sonderbares "Beweisstück".

In den wenigen Tagen seit der Veröffentlichung der Charta haben sich Dutzende weitere Bürger den Unterzeichnern angeschlossen.

Die wichtigste Unterstützung aus dem Ausland kommt von den kommunistischen Parteien des Westens. Die KPI, die KPF und unter anderem auch die schwedischen und die britischen Kommunisten haben die Repression durch die tschechoslowakischen Behörden verurteilt.

"Die Sprecher der 'Charta 77' danken für die Bekundungen inländischer und internationaler Solidarität. Sie korrigieren ausländische Kommentare dahingehend, daß es sich bei den Signataren durchaus nicht nur um Intellektuelle handelt, sondern auch um Arbeiter und andere Werktätige, darunter Bürger, die keinen Repressalien wegen der Ereignisse des Jahres 1968 ausgesetzt waren und sich aus innerer Notwendigkeit engagieren. Man sollte 'Charta 77' deshalb nicht als Dissidentengruppe, sondern als Bürgerinitiativen bezeichnen."

Dissident sind nicht die Unterzeichner der Charta, sondern die Staats- und Parteiführer, die die Grundrechte und unverzichtbaren sozialistischen Prinzipien mit den Füßen treten.

-ple-



Gefangenenaustausch

Politischer Kuhhandel

Der Vorschlag, zwei politische Häftlinge, Corvalan und Bukowsky, gegeneinander auszutauschen, ging von der chilenischen Junta aus, die Sowjetunion nahm diesen Vorschlag über US-Vermittlung an.

Für beide Seiten ein durchaus angenehmes Geschäft: Die Junta war in ihren bereits seit langem bestehenden Bemühungen die lästige Symbolfigur Corvalan loszuwerden, endlich erfolgreich, für die UdSSR bedeutete es, ein unangenehmer und bekannter Oppositioneller weniger.

Aber durch diesen Austausch ging die Sowjetunion das erste Mal selbst auf die Argumentation ein, politische Gefangene gebe es hüben wie drüben. Corvalan wurde nie der Prozeß gemacht, er hätte lediglich angeklagt werden können, Chef der KP-Chiles, einer legalen Partei, die noch dazu an der Regierung war, gewesen zu sein. Die UdSSR legt nach wie vor großen Wert darauf, zu betonen, in der Sowjetunion gebe es keinerlei politische Häftlinge, niemand werde wegen politischer Verbrechen verfolgt. Durch das Akzeptieren des chilenischen Vorschlags und die damit verbundene Gleichsetzung beider Fälle, hat man in der Sowjetunion zumindest indirekt das erste Mal die Existenz Gefangener aus politischen (und nicht wie immer behauptet wird aus kriminellen) Gründen, bestätigt. Kein Wunder, daß der chilenische Junta Chef Pinochet diesen Austausch als "großen Sieg" gefeiert hat.

Es wäre nun wohl sehr sektiererisch, nicht zu begrüßen, daß beide Persönlichkeiten, die Unvorstellbares durchgemacht haben, freigelassen worden sind. Es geht uns hier auch nicht darum, die politische Rolle, die beide in ihren Ländern gespielt haben, zu untersuchen oder zu kritisieren. Hervorheben wollen wir allerdings beider während ihrer politischen Arbeit in ihren Ländern unerschütterliches Festhalten an ihren Prinzipien, beider unzweifelhafte persönliche Integrität.

Damit aber Überraschungen über die vermeintliche neue Menschenfreundlichkeit der Junta, aber auch der "Firma Breschnjew" von vorneherein unterbleiben, soll zur politischen Opportunität dieses Geschäftes für beide Seiten einiges bemerkt werden.

So war nämlich die insbesondere von allen kommunistischen Parteien in Ost und West, aber auch von anderen Teilen der Solidaritätsbewegung für Chile und von Amnesty International geführte Kampagne zur Freilassung Luis Corvalans dem Pinochet-Regime schon lange ein Dorn im Auge. Weltweit bekannt, war ihm Corvalan schon längst zur überaus lästigen Symbolfigur geworden. So bemühte sich die Junta schon länger Zeit über verschiedene Kanäle (Washington, Sacharow-Komitee) darum, Corvalan loszuwerden.

Und das Breschnjew-Geburtstagsgeschenk reiht sich ein in die gar nicht mehr so neue Masche, unliebsame, aber zu bekannte Oppositionelle in den Westen abzuschieben. Das Rezept hat sich nun einmal bewährt, und man glaubt sichergehen zu können, daß die Exilierten im Westen kaum noch etwas bewirken und entweder nach ein paar Schlagzeilen vergessen werden, oder sich durch eigene Äußerungen, die meist durch "Hilfreiche" aus dem rechten Lager ermutigt werden, so disqualifizieren, daß man nachher mit dem Finger auf sie zeigen kann. Zu dieser letzteren Kategorie dürfte Bukowski gehören.

Seit seiner Ankunft in Zürich hat ein "wahres Gerangel" um ihn stattgefunden. Das Rennen machte die anti-kommunistische Gruppe "Glaube in der Zweiten Welt", die ihn "nahezu aus dem Verkehr gezogen" hat und gegen jeden Einfluß, sogar gegen die ihn ursprünglich betreuende "Amnesty International" total abschirmt. "Glaube in der Zweiten Welt" arbeitet eng mit der "Gesellschaft für Menschenrechte" in Frankfurt zusammen, die Bukowski vor ihren Karren spannen möchte. Vorsitzender dieser Gesellschaft ist Fräulein Cornelia Gerstenmaier, die Tochter des erzrechten CDU-Exbundestagspräsidenten.

Und schon verurteilt Bukowski in Pressekongressen brav die westliche Entspannungspolitik, den Ost-West-Handel, den Nixonbesuch in Moskau 1974 etc.

Und wie erging es Luis Corvalan mit seinen Befreiern? Von einem dänischen Journalisten im Gefangenenlager Tres Alamos Mitte Dezember um seine Meinung über den geplanten Austausch telephonisch befragt, erklärte er, er wisse nichts über eine solche Transaktion und werde solange im Gefängnis bleiben wie es nötig sei, um seine und seiner Genossen Ideale hochzuhalten.

Der gegenüber seiner Zelle in Tres Alamos inhaftierten Gladys Diaz (leitendes Mitglied der linken MIR) versprach er, sobald er von dem geplanten Austausch erfahren hatte, er werde, wenn die Sowjetunion und seine Partei zustimmten, die Bedingung stellen, daß Gladys Diaz mit ihm zusammen freigelassen werde. Das läßt auf einen zumindest für einen KP-Generalsekretär außerordentlichen Lernprozeß schließen, von dem in

der nächsten von uns zitierten Äußerung wohl nicht mehr viel zu spüren ist:

Einen Monat später erklärte Corvalan im französischen Fernsehen, er hätte von dem Austausch immer gewußt und ihn auch nie abgelehnt. Außerdem verwahrte er sich gegen die Bezeichnung "politischer Häftling" für Bukowski und betonte, "niemand werde in der UdSSR wegen politischer Verbrechen verurteilt". ("Volksstimme", 10.1.1977)

Nun, allein Bukowskis Material über Internierungen Oppositioneller in psychiatrische Anstalten der UdSSR ("Opposition - eine neue Geisteskrankheit in der UdSSR", 1971) füllte ein 400 Seiten starkes Buch, aber vielleicht ist Bukowski wirklich ein Irrer??

Luis Corvalan aber konnte als einziger ein Land verlassen, in dem über 3.000 Menschen nicht wissen, ob sie ihre Inhaftierung überleben werden.

(gekürzt aus: "Sozialistische Nachrichten" 1/77, Zeitung des VstÖ Salzburg)

ZÜRICH/MOSKAU. Luis Corvalan, Generalsekretär der Chilenischen Kommunistischen Partei, ist nach einer weltweiten Solidaritätskampagne fred. Corvalan, der mehr als drei Jahre ohne Gerichtsurteil in Gefängnissen und Konzentrationslagern der chilenischen Junta festgehalten worden war, traf am Samstag mit seiner Frau, von Santiago kommend, auf dem Flughafen in Zürich ein. Wenige Minuten später, um etwa 13 Uhr, flog Corvalan mit einer Aeroflot-Maschine nach Moskau ab. Die Nachrichtenagentur TASS meldete am Samstag dazu: „Die sowjetischen Kommunisten und alle sowjetischen Menschen gratulieren Luis Corvalan, seinen Verwandten, den chilenischen Kommunisten und den anderen Patrioten Chiles sowie allen Menschen, die um seine Freilassung kämpften, zu diesem bedeutenden Sieg der demokratischen Kräfte der ganzen Welt.“

Bukowski ausgewiesen

Wesentlich mehr Aufsehen erregte bei den bürgerlichen Massenmedien am Samstag die Ausweisung des „Systemkritikers“ Bukowski. Wie ein Sprecher des Londoner Innenministeriums mitteilte, habe Bukowski, der mit seiner Mutter, Schwester und seinem Neffen ausgereist war, die Erlaubnis erhalten, sich in Großbritannien niederzulassen.

VOLKSSTIMME :

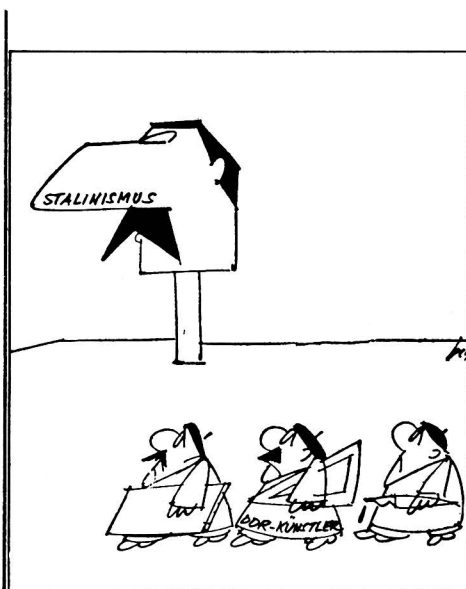
ZUFÄLLE GIBT 'S

Nachtrag zu Biermann:

Die Zahnschmerzen des Genossen Honecker

Der ganze Text ist so lang und so übel, daß man getrost darauf verzichten kann, ihn in voller Länge nachzudrucken. Man tut dem Autor und seinem Produkt kein Unrecht, wenn man sich auf einige Zitate beschränkt. Das ist die schonendere Behandlung. Schonungslos ging die Zeitung vor, die ihn in voller Länge brachte: Die "Volksstimme".

Dort trägt er die erklärende Überschrift: "Dieser Text erhält dadurch einen zusätzlichen Aspekt, daß er seinem Autor, Peter Hacks, ein Aufführungsverbot für sein neuestes Stück auf einer Münchner Bühne eintrug." Klar: der zusätzliche Aspekt ist, daß ein fortschrittlicher DDR-Künstler für seine mutige politische Stellung-



Die wiederentdeckte Richtung

nahme zum Fall Biermann in der imperialistischen BRD ein Aufführungsverbot erhielt. Der nicht zusätzliche, sondern einfache Aspekt des Hacks-Textes ist die Ausbürgerung eines un-bequemen Künstlers aus einem Land, das sich sozialistisch nennt, und wo er seit vielen Jahren Aufführungsverbot hatte.

Da ich kein Künstler bin, interessiert mich bei Peter Hacks nicht seine Kritik am Künstler Biermann, die furios ist. Von einer Künstler-Furie geschrieben. Mich interessiert als politischen Menschen die sonstigen Äußerungen und Ansichten des Peter Hacks, der in beiden deutschen Ländern ein gefeierter und berühmter Mann der Schönen Künste ist. Diese

Fauler Friede

Am 17. Jänner 1977 sollte die erste der insgesamt 73 Banken in Beirut wieder ihre Pforten öffnen. Das ist für das Ausland das hoffnungsvollste Zeichen dafür, daß man dem Frieden trauen kann.

Ein Großteil der schweren Waffen ist von den Bürgerkriegsparteien an die sogenannte arabische Friedenstruppe abgeliefert worden. Eine strenge Pressezensur soll – so wird vordergründig argumentiert – verhindern, daß aus Wortgefechten erneut bewaffnete Auseinandersetzungen werden, soll in Wahrheit die Verbitterung und die wachsende Kritik auch seitens der christlichen Libanesen an der mühsam kaschierten syrischen Besatzerrolle ungehört verhallen lassen. Und vieles andere mehr. Der Herausgeber der angesehensten Beirut Tageszeitung "An Nahar" und ihrer französischsprachigen Schwester "L'Orient Le Jour" drückte es nach dem Erscheinungsverbot beider Zeitungen so aus: "Es würde sonst offensichtlich werden, daß das, was uns bevorsteht bei weitem schlimmer ist, als was bereits geschehen ist." Für eine der Bürgerkriegsparteien gilt das sicher: für die Verlierer. Und das sind im Libanon die Palästinenser.

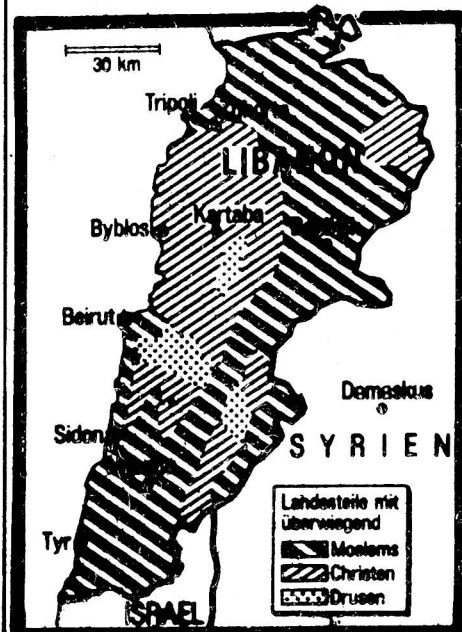
Syrien im Libanon

Dabei waren die Palästinenser zusammen mit ihren Verbündeten, den linken Moslems, dem Sieg zum Greifen nahe. Sie sind von den Syrern um diesen Sieg betrogen, an den Rand des Abgrunds gedrängt, aber vor der physischen Liquidierung bewahrt worden. Syrien spielt im Libanon mit Einverständnis der USA und Israels den lieben Gott. Allmächtig und rätselhaft in seinen Entscheidungen mußte es manchmal den am Konflikt im Libanon beteiligten Parteien erscheinen. Rückblickend erscheint die ganze Sache durchaus logisch und wurde von den Syrern trotz aller scheinbaren Widersprüchlichkeit mit einer eisernen Konsequenz durchgehalten. Einbeziehung des Libanon in die syri-

sche Einflußsphäre, Unterwerfung der Palästinenser unter syrisches Kommando sind zwei gewichtige Trümpfe bei den kommenden Nahost-Gespräche mit Israel.

Ursachen und Verlauf des Bürgerkrieges

Im April 1975 hielten die "Tiger"-Milizen Camille Chamouns, des Chefs der Christlichen national-liberalen Partei, einen Omnibus mit Palästinensern in Beirut auf und schossen die Insassen über den Haufen. Dies war nur die schwerste von einer Reihe verschiedener Provokationen gegenüber den seit dem Kairoer Abkommen mit bestimmten autonomen Rechten im Libanon lebenden Palästinensern, ihren Organisationen und ihren Lagern. Die christlichen Politiker des Libanon wollten diese Rechte der Palästinenser nie anerkennen. Auch der Anführer der rechtsnationalen christlichen Falange-Partei, Pierre Gemayel, hatte den Palästinensern, denen er vorwarf, "Staat im Staate" zu sein, den offenen Kampf erklärt. Israel schürte den inneren Konflikt durch ständige demonstrative Verletzungen der libanesischen Souveränität und Hoheitsrechte zu Wasser, zu



Lande und in der Luft: israelische Düsenjäger donnerten zu verschiedenen Tag- und Nachtzeiten im Tiefflug über Beirut hinweg, Schiffe wurden von israelischen Patrouillenbooten in libanesischen Gewässern aufgehalten, kontrolliert und oft abgeschleppt, israelische Kommandounternehmen drangen tief in libanesisches Gebiet ein, zerstörten ganze Dörfer und vertrieben die Bevölkerung. Verdächtige wurden nach Israel verschleppt. Die Moslems, die die Mehrheit im Libanon bilden, aber politisch und sozial den Christen gegenüber im Hintertreffen sind, solidarisierten sich zunehmend mit den Palästinensern. Sie erkannten die Chance, im gemeinsamen Kampf ihren eigenen Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen Nachdruck zu verleihen.

Nach dem Ausbruch systematischer bewaffneter Auseinandersetzungen gerieten die christlichen Milizen bald in Bedrängnis. Da griff Syrien, das anfänglich die PLO und die linken Moslemverbände bevorzugt unterstützte, das erste Mal massiv ein, erzwang einen Waffenstillstand und legte ein mit Staatspräsident Frandschieh zusammen abgefaßtes "Reformprogramm" vor, das den Christen ein Minimum an Konzessionen abverlangte. Eine politische Lösung scheiterte an der strikten Weigerung der christlichen Parteien, einen Kompromiß zu schließen, was die Ausweitung der Kämpfe zum totalen Bürgerkrieg, den Zerfall der libanesischen Armee und die Auflösung jeglicher staatlicher Autorität zur Folge hatte. April 1976, ein Jahr nach dem Ausbruch der Kämpfe, waren die Christen auf einen schmalen Küstenstreifen rund um die Hafenstadt Dschumieh zurückgedrängt, standen mit dem Rücken zum Meer auf verlorenem Posten. Da griff Syrien ein zweites Mal ein, und das Blatt hat sich wieder gewendet.

Divide et impera - teile und herrsche

Es ist heute sicher, daß Syrien von Anfang an beide Bürgerkriegsparteien mit Waffen unterstützt hat – die Linke am Anfang, die Rechte zum

Schluß bevorzugt behandelnd. Seine wiederholten Eingriffe und massiven Vermittlungsversuche hatten das eine Ziel, Syriens Unentbehrlichkeit im Konflikt für beide Seiten zu demonstrieren. Ein definitiver Sieg der Linken hätte Beirut als das kapitalistische Finanz- und Geschäftszentrum der arabischen Welt endgültig geschlossen, woanders hinverlagert, aus der nächsten Nähe Syriens entrückt; in Syrien hätten die radikalen Kräfte in der Baath-Partei Auftrieb bekommen; der politische und militärische Einfluß der PLO hätte sich vervielfacht; Assads, Sadats, Husseins Vorstellungen bezüglich einer Friedensregelung im Nahen Osten wären über den Haufen geworfen worden. Als die konservativen Christen im Libanon also knapp vor der Niederlage standen, eilte Syrien zu ihrer Rettung. Zunächst wurden Einheiten der in Syrien stationierten und unter syrischem Kommando stehenden PLA (Palästinensischen Befreiungs-Armee) und Al-Saika-Verbände (syrischer Flügel der PLO) zur Neutralisierung der Fronten nach dem Libanon entsandt. Diese schlugen sich alsbald auf die Seite der moslemisch-palästinensischen Links-Allianz. Syrien entschloß sich zur direkten Intervention – nach Absprache mit den USA und mit Israel, das die ganze Zeit schon stiller Teilnehmer am Bürgerkrieg war. Es unterstützte die christliche Falange und die Milizen durch umfangreiche Waffenlieferungen und Nachschub, brachte Schiffe vor den Häfen Tripoli und Sidon auf, die für die Linke lebenswichtige Güter an Bord hatten und beteiligte sich über die Grenzen hinweg durch Artilleriefeuer und Flugzeugeinsätze an den Kämpfen im Süden des Libanon.

Der rote Faden des Nah-Ost-Konflikts

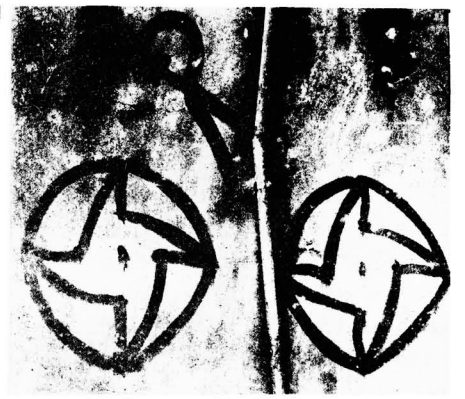
Tel al Zaatar steht stellvertretend für die gesamte palästinensische Tragödie, die seit der Gründung des Staates Israel die Geschichte des Nah-Ost-Konflikts wie der rote Faden durchzieht: diese Geschichte ist mit dem Blut der Palästinenser geschrieben

worden. Und es war, so grotesk es auch klingt, unmittelbar am wenigsten Israel, das diese blutige Geschichte in den Wüstensand schrieb. Es waren die arabischen Kontrahenten Israels, der jordanische König Hussein, der das Massaker im "Schwarzen September" 1970 zu verantworten hatte und es ist Syriens Staatschef Assad, der das monströse Verbrechen am Flüchtlingslager Tel al Zaatar zu verantworten hat. Die christlichen Milizen mit ihren überdimensionalen hölzernen Kruzifixen um den Hals, die Kanonen mit kitschigen Heiligenbildern vollgeklebt, waren das ausführenden Organ, als mit syrischer Zustimmung dieses grauenhafte Exempel statuiert wurde, vergleichbar nur mit Lidice und Oradour. Manchmal hat es den Anschein, daß Syrien, Ägypten, Jordanien, durchwegs Betroffene der zionistischen Expansionspolitik Israels vor dessen eigentlichen Opfern, den Palästinensern, die größere Angst haben. Und gewissermaßen mit Recht: Israel ist der Pfahl im nationalen Fleisch der arabischen Staaten; die Palästinenser und die PLO sind das sozialrevolutionäre Dynamit, das ihre eigenen konservativen und reaktionären Gesellschaftsstrukturen immer wieder in die Luft zu jagen droht.

Nach dem Massaker die Versöhnung

Die unverhüllte syrische Intervention zugunsten der christlichen Bürgerkriegspartei hat die Spannungen im arabischen Lager bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Die Streitigkeiten

zwischen Libyen und Ägypten, die Feindseligkeiten zwischen Syrien und dem Irak, zwischen dem Irak und Kuwait usf. sind Ausdruck der Ungleichzeitigkeit der historischen Entwicklung und der unterschiedlichen gesellschaftlichen Probleme des arabischen Raumes. Israel und die USA haben diese Tatsache stets für sich auszuschlachten gewußt. Die SU verfiel sich – wie zuletzt anläßlich der syrischen Intervention gegen die Palästinenser – wiederholt in den Fußangeln



Das Hakenkreuz arabischer Nationalsozialisten, darüber Hammer und Sichel, auf einer Hauswand in dem libanesischen Bergdorf Metein.

dieser wohl schwierigsten und mit Momenten der Irrationalität überreichlich gesegneten politischen Landschaft der Erde. Es war wieder einmal Saudi-Arabien, das hinter den Kulissen zur rechten Zeit ein Machtwort sprach, zu dem es wegen der Abhängigkeit aller streitenden Parteien von seinen riesigen finanziellen Mitteln wohl imstande ist. Zur rechten Zeit kam das Machtwort zur Vergatterung: die Linke stand im Libanon vor der gleichen Situation wie die Rechte ein halbes Jahr zuvor. Sie kämpfte mit dem letzten Einsatz und den letzten Reserven. Nun brauchte man nurmehr die richtige Formel zu finden, um das syrische Komplott in eine humanistische Rettungs- und Friedensaktion für den Libanon zu verzaubern. Bei einem Gipfeltreffen in Kairo nach einer internen Aussprache in Riad feierte die Arabische Liga eine seit langem nicht mehr dagewesene Eintracht ihrer Mitglieder. Die syrische Interventionsarmee wurde – aufgemascherlt durch einige kleine Militäreinheiten aus anderen arabischen Ländern – in eine Ordnungs- und Friedensstreitmacht der Arabischen Liga umgetauft. Nur die Farbe der Helme mußte über Nacht geändert werden, um der Form genüge zu tun. Der PLO wurden ihre autonomen Rechte im Libanon bestätigt, nachdem sie faktisch alle Positionen verloren hat und an die syrische Kette gelegt war. Eine diplomatische Offensive zur Abhaltung der Genfer Konferenz wurde von der UNO-Vollversammlung aufgegriffen und soll bis Ende März 1977 unter Einschluß der PLO stattfinden. Israel protestiert zwar dagegen, aber seine Möglichkeiten der Aktion sind im Inneren wie im Äußeren geschwunden.

Israel unter Druck

Außenpolitisch ist die Manövrierfähigkeit Israels eingeschränkt. Carter und sein Team wollen eine dauerhafte Lösung des Nah-Ost-Konflikts auf die Tagesordnung setzen. Neben einer materiellen und militärischen Garantie der USA für den Staat Israel sollen gegen Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete auch die arabischen Anrainer-Staaten sich endgültig mit Israels Existenz abfinden. Nichts könnte dies glaubwürdiger dokumentieren als die Errichtung eines palästinensischen Teilstaates im Westjordanland und im Gazastreifen. Dieser Palästina-Staat hätte die Funktion des Puffers zwischen Israel und seinen mächtigen arabischen Nachbarn zu erfüllen. Er wäre von Israel auf der einen, von Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite in die Zange genommen, von letzteren auch materiell und politisch abhängig.

Innenpolitisch steht Israel vor chaotischen Zuständen. Die jüngste **Regierungskrise** hat verschiedene Ursachen. Da ist einmal die bisher kritischste wirtschaftliche Verfassung des Landes: das Defizit beträgt über 50 Milliarden Schilling, für 1977 rechnet man mit einer Inflationsrate zwischen dreiunddreißig und fünfundvierzig Prozent, die Streikstatistik schnellte in den letzten Monaten steil in die Höhe, das Verhältnis zwischen der Arbeiterpartei und der ihr angeschlossenen Gewerkschaft Histadrut ist äußerst gespannt. Im letzten Jahr kamen rund 20.000 Einwanderer ins Land – 16.000 wanderten aus. 1973 kamen noch 55.000. Zwei Ex-Generäle (Jigal Jadin und Ariel Scharom) des Yom-Kippur-Krieges wollen den "Wind des Wandels" entfachen, wollen aus "Degenerationserscheinungen" der zersplitterten Regierungskoalition und aus der mehrfach zerrissenen Arbeiterpartei politisches Kapital schlagen. Die sich häufenden Korruptionsskandale, die Frage der Besiedlung besetzter Gebiete, die Aktionen einer selbstbewußt gewordenen palästinensischen Minderheit im Land sind Wasser auf ihre Mühlen.

Der subjektive Faktor

Daß der von Arafat geführte starke Flügel der PLO sich dieser Entwicklung momentan zu fügen scheint, hat seine Ursache nicht nur in der schweren Niederlage der Palästinenser und ihrer Verbündeten im Libanon. Die Krise der Palästinensischen Revolution rührt von viel früher her. Sie hat viele objektive Gründe. Eine der vielleicht wichtigsten subjektiven Faktoren hat der Vorsitzende der libanesischen Linksfrente, Kamal Dschumblatt, in einer bitteren Stunde so formuliert: "Es ist unerlässlich, die Anarchie der Vergangenheit zu beenden. Es ist notwendig, daß die Palästinenser eine provisorische Regierung bilden und ihren Militärorganisationen, nachdem sie endlich vereint worden sind, den Status einer Armee geben. (...) In einem Wort: Dieses palästinensische Volk in Waffen muß so total diszipliniert werden, wie es die Vietnamesen waren." Wie auch immer die Genfer Gespräche ausgehen werden, welches Resultat sie erbrin-

gen, welche Bedingungen in der Zukunft die Palästinensische Revolution erwarten mögen: die Aktualität dieser Problematik bleibt bestehen, von ihrer Lösung wird die Zukunft des Palästinensischen Volkes abhängen.

Z. P.



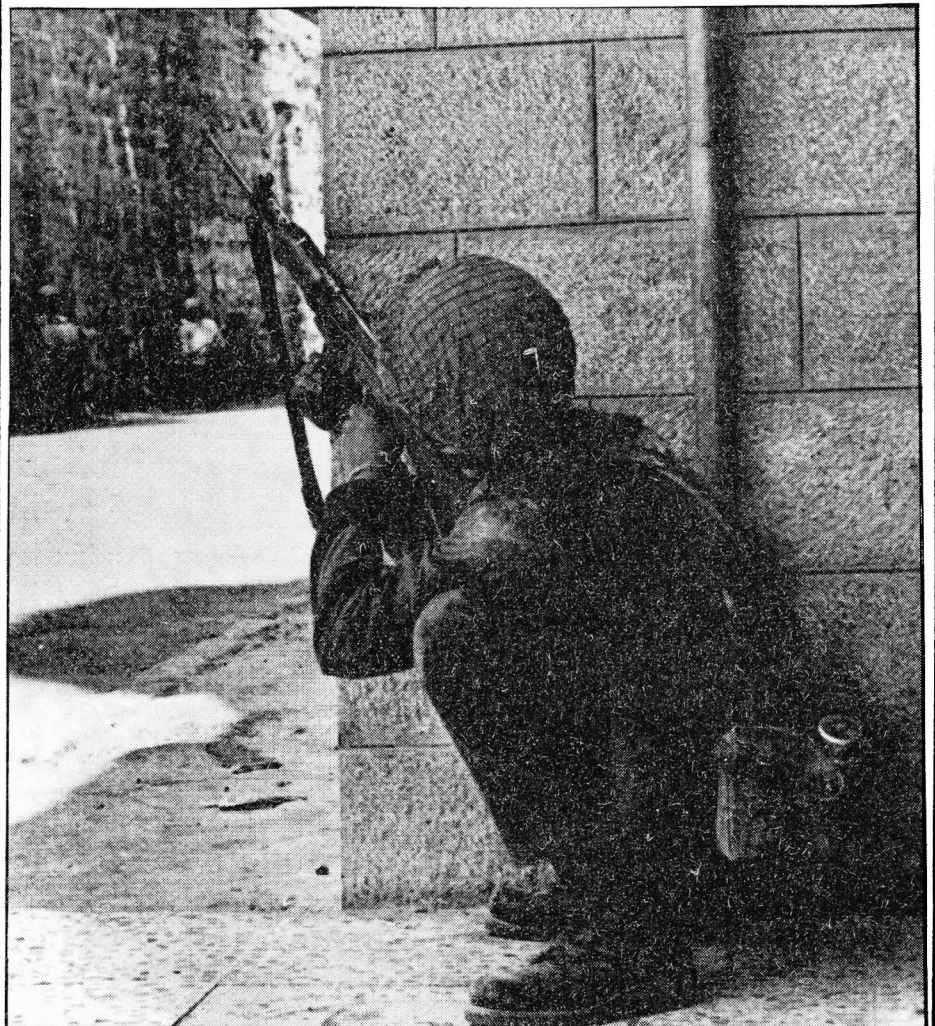
**Deine
Versicherungen
durch**

FRITZ MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97 / 98 / 99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudgasse 7 / 29 / 14
Telefon: 62 34 362



I like to be in America...

Gerald Ford, farbloser Lückenbüsser im US-Präsidentenamt, schien sich in seinen letzten Amtstagen noch in den amerikanischen Himmel der Geschichte katapultieren zu wollen, den fünfzig Sternen der Nationalflagge, die die Bundesstaaten symbolisieren noch einen weiteren hinzufügend: Puerto Rico, kleinste Insel der Großen Antillen, südöstlich von Florida. Hinter dieser Aktion steht freilich weniger das Prestigebewußtsein eines altgewordenen Base-Ball-Spielers als der Versuch der Meisterung der Sozialprobleme des Eilands einerseits und der Verdacht auf Ölvorkommen vor der puertoricanischen Küste andererseits.

Die mit 8897 km² in der Größenordnung zwischen Salzburg und Kärnten liegende Insel hat eine Bevölkerung von zirka drei Millionen und eine offizielle Arbeitslosenrate von 20 %, die in der Realität mehr als 30 % betragen dürfte (laut "Le Monde"). Mehrere hunderttausend Puertoricaner wandern daher jährlich in jenes Land aus, das zum größten Teil ihr Elend verursacht hat: die USA. Dort haben sie dann als zumeist ungelernete und nur des Spanischen mächtige Arbeitskräfte die beste Chance völlig zugrunde zu gehen, wenn auch weniger malerisch als in der West-Side-Story vermusicalt.

Für die westliche Zivilisation entdeckt wurde Puerto Rico 1493 von Columbus. Die darauffolgende Kolonisation durch die Spanier war so gründlich, daß – wie fast überall in der Karibik – die Ureinwohner fast zur Gänze ausgerottet und, da man schließlich Arbeitskräfte für die Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen brauchte, durch Negerklaven ersetzt wurden. Nachdem 1895 in Kuba ein Aufstand der Kompradorenbourgeoisie gegen die spanische Imperialmacht losbrach, beschlossen die USA diese Bewegung für den Beginn des eigenen Imperialismus zu nutzen, gewannen 1898 einen Krieg gegen die Spanier und damit die "Schutzhoheit" über Kuba, Puerto Rico, Guam und die Philippinen. Seit 1917 sind die Bürger des "Common-

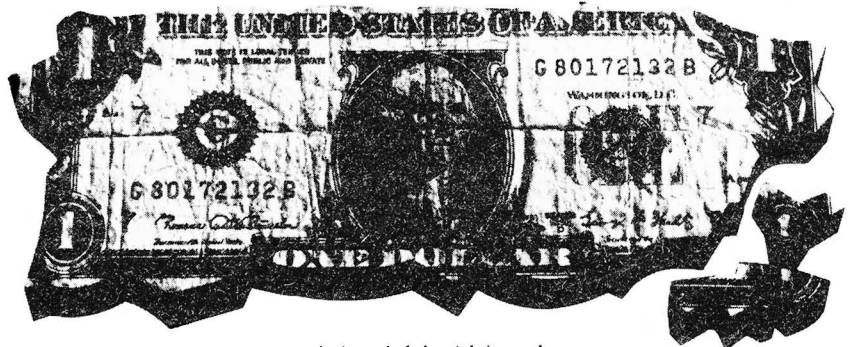
wealth of Porto Rico" sogar US-Staatsbürger, allerdings ohne Wahlberechtigung für US-Bundesbehörden. Eine 1967 durchgeführte Volksabstimmung bestätigte den Status der Insel und lehnte eine Integrierung in die USA wie die Unabhängigkeit gleichermaßen ab. – In Kuba hat sich bekanntlich eine für die USA unglücklichere Entwicklung ergeben. Deshalb kommt Puerto Rico auch und vor allem strategische Bedeutung zu;

so steht z. B. der US-Weltraumbehörde NASA in Arecibo das größte Radioteleskop der Erde zur Verfügung.

Obwohl sie zur Zeit nur etwa 6 % der Wahlstimmen auf sich vereinigen kann ist die Unabhängigkeitspartei PIP, deren Ziel ein sozialistisches Puerto Rico nach kubanischem Vorbild ist, eine Gefahr für die US-Interessen. Sie wird vergrößert durch Emigrantenbewegungen in den Staaten selbst, die der "Young Lords" aus New York City, wo über eine Million Puertoricaner leben.

Weshalb diese Bewegungen an Boden gewinnen werden und warum diese Karibik-Insel kein "Eiland im Sonnenschein" ist, versteht man etwas besser, wenn man Inserate liest wie jenes, welches am 25.11.1974 im "Spiegel" abgedruckt war:

Warum Puerto Rico/USA ein besserer Standort für Ihr Zweigwerk in Amerika ist als jeder andere Teil der Vereinigten Staaten.



Ein Zweigwerk in Puerto Rico bedeutet das gleiche wie ein Zweigwerk in den USA. Nur kann Ihnen kein US-Staat solche Vorteile bieten wie Puerto Rico. Lesen Sie warum.

100 % Steuerfreiheit

Puerto Rico braucht Arbeitsplätze. Darum hat es ein Programm für die industrielle Entwicklung ins Leben gerufen, das in den USA ohne Beispiel ist. Allen Unternehmen, die sich hier niederlassen, gewährt Puerto Rico 100-prozentige Befreiung von amerikanischen und puertoricanischen Körperschafts- und Grundsteuern.

Freier Zugang zum US-Markt

Puerto Rico ist Bestandteil der USA. Jedes Unternehmen, das sich hier niederläßt, steht unter dem Schutz der Verfassungen Puerto Ricos und der USA. Was Sie hier produzieren, trägt den Stempel „Made in the USA“. Und Sie haben zollfreien Zugang zum amerikanischen Markt. Die Währung ist der US-Dollar. Es gibt nichts, was eine langfristige Investitionsplanung stören könnte: Alle Verträge sind für die Dauer ihrer Laufzeit unkündbar.

Wo und was ist Puerto Rico?

Puerto Rico ist eine Insel der Großen Antillen. Sie ist 160 km lang, 55 km breit und liegt 1550 km südöstlich der Küste von Florida. Alle Puertoricaner sind amerikanische Staatsbürger.

Hohe Arbeitsmoral – niedrige Personalkosten

In Puerto Rico gibt es genug Arbeitskräfte – jung, gelehrt und

mit einer sehr hohen Arbeitsmoral. Ihre Produktivität ist der ihrer Kollegen in den USA ebenbürtig. Die Durchschnittslöhne sind jedoch niedriger als auf dem US-Festland und in der Bundesrepublik Deutschland. Puerto Rico übernimmt für Sie die Anwerbung und sogar die Kosten für die Ausbildung von Arbeitskräften.

Hohe Gewinne

Steuerfreiheit, gute Arbeitsmoral, niedrige Personalkosten und hohe Produktivität sind die wichtigsten Gründe für die beeindruckenden Gewinne, die Sie in Puerto Rico erzielen können. Sie sind vier- bis fünfmal höher als in den USA. Alle Gewinne können abgabenfrei in die Bundesrepublik transferiert werden.

Hervorragende Grundstücke – günstige Kredite

Geeignetes Gelände für Ihr Projekt steht in Puerto Rico ausreichend zur Verfügung, auch

Standorte in hochentwickelten Industriegebieten. Puerto Rico hilft Ihnen auch bei der Lösung von Finanzierungsproblemen. Durch die Vermittlung von günstigen Krediten und durch Subventionen.

Moderne Infrastruktur und Verkehrsverbindungen

Puerto Rico verfügt über ausgezeichnete Versorgungseinrichtungen, ein gut ausgebautes Straßennetz, einen modernen Containerhafen und einen internationalen Flughafen, auf dem Woche für Woche mehr als 500 Flüge zwischen Puerto Rico und den USA abgefertigt werden.

Fordern Sie weitere Informationen an

Senden Sie uns den Coupon, oder vereinbaren Sie mit einem unserer Repräsentanten ein unverbindliches Gespräch.

An Commonwealth of Puerto Rico, Economic Development Administration, Dept. A1, 6 Frankfurt/Main, Zürich-Haus, Pavillon, Am Opernplatz.

Bitte, senden Sie mir weitere Informationen über den Aufbau eines Zweigwerkes in Puerto Rico/USA.

Name: _____

Firma: _____

Anschrift: _____

Herstellungsbereich: _____

Ich interessiere mich für die Herstellung folgender Produkte

Puerto Rico/USA

Ist der Elfenbeinturm eingestürzt?

Die Hochschulreform – von der Linken bereits seit Jahren vorausgesagt und teilweise analysiert – setzt sich nach den technischen Studienrichtungen immer mehr auf den traditionell "linken Bastionen", den Geisteswissenschaften, durch. Neben den Schwierigkeiten, überhaupt nur Teilelemente der Umwandlung des alten Elfenbeinturms in eine Ausbildungsfabrik zu verhindern, stürzten nicht zuletzt die veränderten Bedingungen für linke Politik die linken Hochschulorganisationen und die Reste der Studentenbewegung in eine tiefe Krise.

Organisation kaputt

War es noch vor ein, zwei Jahren wegen der vorhandenen Freiräume möglich, bestimmte kurzfristige Ziele zu erreichen bzw. auch ohne solche linke Politik zu betreiben, steht heute ein "neuer Studententyp", der weitgehend durch die immer stärker werdende Konkurrenz und die Reduzierung der Wissenschaft auf unmittelbar verwertbares Wissen geprägt ist, den allgemeinen inhaltlichen Aussagen der Linken weitgehend negativ gegenüber. Trotz langatmiger Vorhersage genau dieser Entwicklung, widerspiegeln praktisch alle linken Studentenorganisationen in ihrer Politik bloß diese Entwicklung, indem Inhalte weitgehend verschwinden und die materielle Interessensvertretung der Studenten als das Um und Auf linker Politik zurückbleibt ("Sozialkampf") bzw. – wie beim KSV – durchaus konsequente Konzepte innerhalb der Realität der Universität entworfen werden ("für bessere Ausbildung", in diesem Sinn tritt der KSV durchaus für bestimmte Reglementierungen des Studiums ein und verweigert als Studentenvertretung auch das "imperative Mandat", also die Bindung ihrer Politik an Beschlüsse von Studentenvollversammlungen). Eine gefährliche Nähe zur bürgerlichen Standesvertretung einer ÖSU-Hochschülerschaft und – damit Hand in Hand – ein Abheben von den konkreten Problemstellungen sind die Folge. Was geblieben ist, ist der Alleinvertretungsanspruch und das Sektierertum, was das ganze nicht gerade besser macht.

Als praktische Kritik dieser Entwicklung linker Organisationen haben sich im letzten Jahr an vielen Instituten in Wien Gruppen gebildet, die von der konkreten Situation ihres Studienplatzes ausgehend neue Möglichkeiten linker Politik entwickeln wollen. Die Beschränktheit auf den Institutsrahmen sowie oft auch die Reduktion der Fragestellungen auf Fragen wie Subjektivität, Emanzipation, Innerlichkeit etc. ließen bald das Bedürfnis nach breiterer Diskussion

entstehen, die seit einigen Monaten in regelmäßigen Treffen der Basisgruppen stattfindet. Eigene Diskussionsorgane wurden herausgegeben, die Fragen der Möglichkeiten und Grenzen von studentischer Interessensvertretung (Stipendien, ÖH, Wahlen) und ähnliche stehen im Mittelpunkt der zwangsläufig recht kontroversiell geführten Diskussionen. Es ist weit verfrüht, Ergebnisse dieser Diskussionen angeben zu können.

Neue Strategie der BfS?

Mitglieder unserer Organisation sind von Beginn in diesen Basisgruppen aktiv und waren auch bei den ersten Koordinierungsversuchen initiativ. Das trug uns von anderen Organisationen (GRM in "Rotfront" Nr.1/1977) den Vorwurf ein, es bestünde der Plan, eine Vorfeldorganisation auf den Hochschulen zu errichten. Entsprechend unserem Organisationsverständnis ist unser Ziel, die Herausbildung neuer Organisationsansätze auch an den Hochschulen zu unterstützen, jedoch keineswegs mit irgendwelchen Vereinnahmungsabsichten verbunden, da wir uns keineswegs als fertiges Organisationsgebäude verstehen, in das es was zu vereinnahmen gäbe. Für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem "Rotfront"-Artikel fehlt hier der Platz – sie wird in "was tun" Bulletin der Basisgruppen" sowie in einem Leserbrief an die "Rotfront" erfolgen.

K. L.

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

BERUF..... ALTER.....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50, – (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50, – (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.



Mehr Quantität - mehr Qualität

Der Großteil der theoretischen Vorstellung der GEWERKSCHAFTLICHEN EINHEIT (GE) wurde während und um die Zeit der Lostrennung von der KPÖ entwickelt. In diesem Zusammenhang ist auch die Betonung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Parteien zu sehen.

Die damals von der GE erhoffte stärkere Verankerung in großen Teilen der KP- und SP-Arbeiterschaft trat nicht ein. Die GE ist heute noch immer eine verhältnismäßig kleine Gewerkschaftsfraktion. Ursachen dafür sind neben der großangelegten Gegenpropaganda der KPÖ darin zu sehen, daß für viele Kollegen die gewerkschaftliche Tätigkeit allein – ohne ein Nahverhältnis zu einer zukunftsweisenden Partei – als unbefriedigend erachtet wurde. Auch die Konzeption der "Autonomie der Gewerkschaften" war zu wenig aufgearbeitet. Das Zurückziehen einiger aktiver Gewerkschafter ins Privatleben war ein weiterer Grund.

Das Engagement neuer Kollegen, die veränderte politische Situation in Österreich, die internationalen Ereignisse wie Eurokommunismus, Konferenz in Helsinki besonders im Zusammenhang mit den Vorgängen in Polen und der CSSR, die Entwicklung in Portugal und Spanien, und letztendlich die Krisenauswirkungen machen das Entwickeln neuer Vorstellungen erforderlich.

Die Arbeitstagung der GE soll eine neue Phase der Diskussion einleiten. Arbeitsgrundlagen waren die bisherigen Veröffentlichungen der GE, ein Diskussionsartikel in der "alternative" von Egon Kodicek und ein Einleitungsreferat von Schani Margulies, dessen Schwerpunkte im folgenden wiedergegeben werden.

Funktion der Gewerkschaften

Primär ist die Gewerkschaft jener Ort, wo sich der organisierten Macht des Kapitals die organisierte Macht der Arbeiterschaft entgegenstellen sollte. Hier können sich Gleichgesinnte, ohne Rücksicht auf politische und weltanschauliche Auffassungen zusammenschließen und ihre unmittelbaren Klasseninteressen wahrnehmen.

Die GE zu aktuellen Fragen

Am 23. Januar 1977 fand eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftlichen Einheit statt, die sich eingehend mit Grundfragen der Gewerkschaftspolitik und der Ausarbeitung eines Konzeptes der GE sowie mit den wichtigsten aktuellen gewerkschaftlichen Fragen beschäftigte.

Die GE spricht sich jedoch dagegen aus, daß die Konsumenten und Steuerzahler, also die große Masse der Bevölkerung, nun über die Preise und durch amtlich festgesetzte höhere Gebühren und Tarife zur Abdeckung der Staatsschulden herangezogen werden. Das viel gerühmte „Unternehmerisiko“ wird damit auf die arbeitende Bevölkerung verlagert und die Kosten der Krisenbekämpfung den Lohnabhängigen aufgebudelt.

Die Gewerkschaftliche Einheit hat bei allen sich bietenden Gelegenheiten gegen die einseitige Belastungspolitik der Bundesregierung Stellung genommen. Sie bekräftigt hiermit ihre bisherige Haltung. Beunruhigt sind die Funktionäre der GE über den Umstand, daß die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund die neue Belastungswelle stillschweigend zur Kenntnis genommen haben.

Die Tagung der GE fordert den Bundesvorstand des ÖGB und den Vorstand des Arbeiterkammertages auf, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

- Keine Zustimmung zu weiteren Preiserhöhungen und ohne vorherige genaue Prüfung aller Kalkulationsunterlagen, Gewinne und Handelsspannen.
 - Unterstützung der Lohn- und Gehaltsforderungen, insbesondere der unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen der Metallarbeiter und Industrieargestellten. Unterstützung der Lohn- und Gehaltsforderungen, zur Durchsetzung einer vollen Nettoabgeltung der Kosten der Belastungswelle und zur Hebung des Reallohns.
 - Lohnsteuersenkung noch in diesem Jahr durch eine radikale Milderung der unsozialen Lohnsteuerprogression; Ausarbeitung eines Steuerkonzeptes, die die Umverteilung der Steuerlasten zugunsten der Lohnabhängigen von den indirekten Massensteuern zu den direkten Besitzsteuern der Kapitalisten zum Ziel hat.
 - Höherer Mehrwertsteuersatz für Luxusgüter.
- Als Bedingung für alle steuerlichen Investitionsbedingungen fordern wir eine verstärkte Mitbestimmung für die Arbeiter und Angestellten.*

Eine finanzielle Gesundung des Gesundheitswesens ist notwendig. Die Arbeitsgemeinschaft „Kritische Medizin“ gibt in ihren Dokumenten zahlreiche Hinweise für Einsparungen ohne Belastung der Versicherten bzw. der Kranken. Wir unterstützen alle diesbezüglichen Pläne und fordern die verantwortlichen Funktionäre der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens auf, sich in diesem Sinne für eine Lösung dieses sicherlich schwierigen Problems einzusetzen.

men und durchsetzen. Hier können die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die durch die SPÖ- und ÖVP-Gewerkschaftsspitzen verschleiert werden, aufgedeckt, Klassenbewußtsein entwickelt werden.

Es gibt zwei Auffassungen über die Aufgaben der Gewerkschaften:

1. Die Gewerkschaften haben emanzipative Aufgaben zu erfüllen, das heißt gesellschafts-verändernd zu wirken und nicht nur Schutzfunktion auszuüben.
2. Integrationstheorie: Die Hauptaufgaben der Gewerkschaften bestehen darin, die bestmöglichen ökonomischen Erfolge im bestehenden System zu erzielen.

Die Interessensvertretung der arbeitenden Bevölkerung zu sein, ist die Hauptaufgabe jeder Gewerkschaft. Unsere Aufgabe ist es nun, die Grenzen von kooperativen Gewerkschaften aufzuzeigen. Weitgehend stellen doch heute die Gewerkschaften einen stabilisierenden "Ordnungsfaktor" dar. Die Gewerkschaftsführung ist stolz darauf, daß in Österreich faktisch nicht gestreikt wird. Im Fall Wertheim sind und waren die Streikenden gezwungen, durch punktuelle Streiks und organisierte Spendenaktionen der Nichtstreikenden die reibungslose Durchführung ihres Streiks zu sichern. Beim gegenwärtigen Kampf der Belegschaft des Karolinen-Kinderspitals erklärten die zuständigen Gewerkschaftsbosse, einen eventuellen Streik nicht zu unterstützen. Benya bedient sich der Gewerkschaften, um die Wirtschaftspolitik der SPÖ durchzusetzen usw. Die Liste ließe sich beliebig lange fortsetzen. Um es nun einsichtig zu machen warum es trotzdem notwendig ist, als innergewerkschaftliche Fraktion im ÖGB zu arbeiten, muß man die Struktur des ÖGB näher analysieren.

Der ÖGB muß sich als Interessenvertretung legitimieren. Voraussetzung dafür ist, daß er einen zentralen, überbetrieblichen Machtfaktor darstellt.

Arbeitsfähig ist der ÖGB nur solange, solange er als Bewegung nicht in Frage gestellt wird. Unserer Auffassung nach kann der ÖGB dieser Funktion – Aufnehmen und Weiterführen von autonomen gesellschaftspolitischen Bewegungen – durch die Politik der Sozialpartnerschaft nicht entsprechen.

Der ÖGB muß sich legitimieren, einerseits vor den Mitgliedern, seine Politik muß als deren selbstgewählte, demokratisch bestimmte Politik erscheinen. Andererseits darf der ÖGB den Kapitalverwertungsprozeß nicht in Frage stellen.

Um diesen Zwängen gerecht zu werden, müssen die Gewerkschaftsmitglieder eine passive Gefolgschaft bilden. Durch die Passivität der Gefolgschaft geht natürlich deren Mobilisierungsfähigkeit verloren. Denn Kampfbereitschaft, Streiks etc. müssen geübt werden, ansonsten schwindet die bloße Vorstellung davon aus dem Bewußtsein der Lohnabhängigen. Und hin und wieder wird der Streik doch zumindest als argumentatives Druckmittel in Verhandlungen benötigt. (Siehe Argumentation von Klenner in "Arbeit und Wirtschaft" bezüglich Durchsetzung der Forderungen der Handelsangestellten.)

Weiters werden inner- und außerbetrieblich Probleme der Berufstätigen technisiert, kompliziert gemacht, um deren Delegation an qualifizierte Funktionäre des überdimensionalen Gewerkschaftsapparates zu rechtfertigen.

Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft nimmt in der Diskussion nach wie vor einen zentralen Stellenwert ein. Da die Entscheidungen über die diversen Verhandlungen bereits in Parteigremien gefaßt werden, die in

Parteien organisierten Gewerkschafter aber weisungsgebunden sind, erübrigt sich jede gewerkschaftliche Diskussion. Jede echte Meinungsbildung wird dadurch verhindert, jede an der Basis orientierte Bewegung blockiert. Deshalb hat es die Arbeiterschaft verlernt, über ihre Forderungen kollektiv zu beraten und deren Durchsetzung zu erkämpfen.

Aufgaben linker Gewerkschafter

Die große Aufgabe linker Gewerkschafter besteht nun darin, die Arbeiter und Angestellten der Illusion der parlamentarischen oder Vertretungsdemokratie zu berauben und gleichzeitig kollektive Lern- und echte Demokratisierungsprozesse einzuleiten.

Ferner hat die geistige Versumpfung im ÖGB ungeheure Ausmaße angenommen. Es bestehen echte Bedürfnisse nach theoretischer und praktischer Aufarbeitung von verschiedensten Problemkreisen wie Gesundheitspolitik, Umweltschutz, Kultur- und Bildungspolitik. Echte Alternativen müssen zu alldem erarbeitet werden. Die Politik der KPI muß genau analysiert werden, da diese in Österreich immer mehr der Politik der Sozialpartnerschaft gleichgestellt wird.

Den Arbeitern und Angestellten wer-

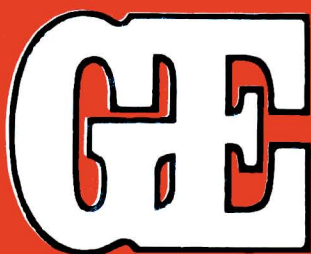
den unter dem Schlagwort "Sicherung der Arbeitsplätze" ungeheure Belastungen zugemutet. Linke Phrasen und Beschimpfungen verändern nur wenig oder gar nicht das Bewußtsein und die Resignation der Lohnabhängigen. Einzig konkrete ökonomische Analysen über die österreichische Sozial-, Steuer- und Investitionspolitik, Forderungen nach Kontrolle durch die Arbeiterschaft, verbunden mit konkreten Alternativen der menschlichen Lebens-, Beziehungs- und Produktionsmuster, die Durchsetzung von mehr Demokratie, mehr Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, die Entwicklung konkreter Vorstellungen über Sozialismus als ein qualitativ neues, besseres Gesellschaftssystem werden linke Gewerkschaftspolitik in den Augen der Arbeiter und Angestellten attraktiver und glaubwürdiger machen.

Öffentlichkeitsarbeit

In Referaten zur organisationspolitischen Lage der GE und zur Öffentlichkeitsarbeit wurden Vorschläge zur Verbreitung fortschrittlicher gewerkschaftlicher Ansichten dargelegt. Voraussetzung dafür sei aber, so formulierte es ein Referent, daß die Selbstdarstellung der Gewerkschaftlichen Einheit auf klar formulierten politischen Grundsätzen basiere, die es erst noch zu erarbeiten gilt.

Außerordentlich positive Erfahrungen wurden in den letzten Jahren in der Zusammenarbeit mit Initiativen von Interessensgemeinschaften und Projektgruppen vor allem der "Kritischen Medizin", der Hochschulassistenten, der Ziviltechniker u. a. gemacht. Da das Bestehen derartiger Initiativen der Gewerkschaftlichen Einheit die Ausarbeitung fraktioneller Standpunkte und Alternativen erleichtert, wurde die Zusammenarbeit mit diesen Projektgruppen, deren Unterstützung bzw. auch deren Initiierung als eine vordringliche Aufgabe bezeichnet. Besonders die Problemgebiete der Sozialversicherung und der medizinischen Betreuung, der Berufsausbildung, der Bildung, Schule und Gesellschaft sowie der Komplex Freizeit könnten interessierten Fachkräften, auch wenn sie nicht der Fraktion angehören, die Möglichkeit bieten, sich mit gewerkschafts- und sozialpolitischen Problemen zu beschäftigen.

Februar 1977



die alternative

Arbeitsgemeinschaft
für Gewerkschaftliche Einheit

**Aus dem Inhalt:
KV-Verhandlungen bei
Metall- und Bergarbeitern**

**Humanisierung der Arbeitswelt -
für wen?**

**Stellungnahme der GE zu
aktuellen Fragen**

**Das Interview:
Gespräch mit Betriebsräten
des ZTL-Lobau ÖMV**

Bestellungen:

1090 Wien, Porzellangasse 33a Jahresabonnement S 20,-

offensiv links

C. G. /R. H.



Am 15. Februar 1977 soll das Karolinen Kinderspital geschlossen werden. Weder die Spitalsleitung noch die Belegschaft wurden vorher informiert.

Am 25. Jänner 1977 teilten die zuständigen Behörden (MA 17) diese Tatsache einfach dem Spitalsleiter mit.

Die Belegschaft berief sofort mehrere Vollversammlungen ein, um für die Erhaltung des Karolinen Kinderspitals zu kämpfen. Ein Solidaritätskomitee zur Rettung des Karolinen Kinderspitals wurde gegründet. Dies ist ein überparteiliches Personenkomitee, in dem jeder mitarbeiten kann, der auch der Meinung ist, daß das Karolinen Kinderspital nicht geschlossen werden darf. Wir veröffentlichen im folgenden eine Dokumentation, die von der Belegschaft des Karolinen Kinderspitals verfaßt wurde.

Dokumentation

offensiv links

Karolinenkinderspital

Dieses Exposee dient der Information der zuständigen Stellen, sowie der Öffentlichkeit. Es soll unsere Gesprächsbereitschaft und Konstruktivität beweisen, aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir auf unserem Recht auf Information und Mitbestimmung beharren. Die Vorgangsweise der vorgesetzten Stellen, die die Schließung des Karolinen Kinderspitals zur Folge haben sollen, lehnen wir entschieden aus folgenden Gründen ab:

1. Das Recht auf Information und Mitbestimmung wurde gröblich verletzt, die Bediensteten wurden übergangen.
2. Das Karolinen Kinderspital ist in seiner Versorgungsfunktion für die Bezirke Wiens jenseits der Donau und des Donaukanals derzeit unersetzlich und sollte nur durch ein Spital in diesen unterversorgten Gebieten ersetzt werden.
3. Die Rationalisierung geht auf Kosten der Bevölkerung.
4. Die Initiativen, die vom Karolinen Kinderspital in den letzten Jahren ausgegangen sind, sind an seine Struktur und Autonomie gebunden.
5. Die Schließung wurde nicht vorausgeplant — Personal und Kinder sind bisher nicht versorgt.
6. Die Alternativen sind nicht geplant.

Es werden folgende Punkte dargestellt:

1. Problemstellung
2. Funktion des Karolinen Kinderspitals
3. Modellcharakter
4. Argumente pro und kontra Schließung
5. Analysen und Alternativen
6. Kommentar zur Planung

Dieses Exposee wurde unter dem Zeitdruck, der den Bediensteten von außen aufgezwungen wurde, in wenigen Stunden erstellt. Es erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Den Zeitdruck haben wir nicht verschuldet.

1. PROBLEMSTELLUNG

Die Leitung des Karolinen Kinderspi-
tals der Stadt Wien (Ärztlicher Leiter
und Verwalter) wurde durch eine Mit-
teilung des zuständigen Stadtrates
und des Anstaltenamtes (MA 17) am
25.1.1977 davon in Kenntnis gesetzt,
daß der Betrieb des Spitals Mitte Feber
eingestellt wird. Der Belegschaft wur-
de diese Information erst nach Vor-
sprache einer Delegation bei Stadt-
rat Stacher übermittelt. Am nächsten
Tag informierte Stadtrat Stacher

durch Radio- und Zeitungsmeldungen
die Öffentlichkeit über die bevorste-
hende Maßnahme. Daraufhin ver-
suchte die Belegschaft des Kranken-
hauses durch eine APA-Aussendung
ihren Standpunkt ebenfalls der Öffent-
lichkeit mitzuteilen. Erst jetzt ver-
suchte die Gemeindeverwaltung Ver-
handlungen mit der Belegschaft auf-
zunehmen. Hierbei wurde aber ver-
schwiegen, daß die Entscheidungen
über diese Vorgangsweise bereits in
einer Sitzung des SPÖ-Gemeinderat-
klubs am Freitag, den 28.1.1977 bzw.
in einer Plenarsitzung des Wiener Ge-
meinderates am Montag, den 31.1.77
gefällt werden sollen. Dieser ge-
schickerte Ablauf zeigt, daß hier der
eindeutige Versuch gemacht wurde,
sowohl die Krankenhausleitung, als
auch die Belegschaft zu überrumpeln
und damit von jeder Möglichkeit der
Mitbestimmung, wie sie seitens der
Gewerkschaft als Grundrecht angese-
hen wird, auszuschließen.

Da für die bevorstehende Schließung
und Übersiedlung keinerlei Plan hin-
sichtlich der Struktur der neu zu er-
öffnenden Abteilungen des Wilhelmi-
nen-Spitals (Bettenanzahl, Stations-
größe, Differenzierung der Stationen
nach Säuglingsabteilung, Interne, etc.)
vorgelegt wurde, bedeutet dies eine
unzumutbare Arbeitsplatzunsicher-
heit für das gesamte Personal.

2. ZUR FUNKTION DES KAROLINEN KINDERSPITALS

Die Schließung bzw. Verlegung eines
Krankenhauses kann nicht alleine
unter dem Aspekt der betriebsinternen
Rationalisierung vorgenommen werden,
sondern bedarf der Berücksichtigung
gesundheitspolitischer Gesichtspun-
kte insbesondere in Hinblick auf die

medizinische Versorgung der Bevöl-
kerung. Das Spital trägt einen großen
Teil der Versorgung auf ambulantem
und stationärem Sektor der Pädiatrie
(=Kinderheilkunde, Anm. d. Red.)
für die Wiener Gemeindebezirke 20.,
21., 22., 2., 9., 18. und 19. Was die
über der Donau gelegenen Bezirke be-
trifft, wurde bereits im Jahre 1965 da-
rauf hingewiesen, daß das Karolinen-
Kinderspital praktisch vor den Toren
dieser Bezirke liegt, die in den letz-
ten Jahren besonders stark besiedelt
wurden und bekanntlich bis jetzt
noch über kein Kinderspital verfügen.

Diese Situation ist auch heute, zwölf
Jahre danach unverändert. In den
Wiener Gemeindebezirken 20., 21.,
22 gibt es derzeit etwa vierzehn prak-
tizierende Kinderfachärzte. Diese
Zahl zeigt, daß eine zusätzliche Ver-
sorgungsinstitution, die insbesondere
auch die Versorgung in den Nacht-
stunden, an Wochenenden und Feier-
tagen gewährleistet, unbedingt erfor-
derlich ist. Die statistischen Unterla-
gen des Spitals weisen 1976 folgende
Zahlen auf:

- 1.170 stationäre Patienten, davon
32,7 Prozent aus den Wiener
Gemeindebezirken 20., 21.
und 22.
- 4.798 ambulante Behandlungsfälle,
569 ambulante Therapiestunden,
610 neurologische Behandlungs-
fälle.

Wie aus internen Gesprächen bekannt
ist, sind die umliegenden Kinderspitä-
ler nicht in der Lage, zusätzliche
Patienten, insbesondere in der ambu-
lanten Versorgung zu übernehmen.
Eine Verlegung des Karolinen Kinder-
spitals würde daher insofern eine be-
trächtliche Versorgungslücke auf-
reißen, als gerade jetzt, nach der
Außerbetriebsetzung von zwei wichti-
gen Donaubrücken (das Karolinen
Kinderspital liegt in unmittelbarer
Nähe der Nordbrücke) eine wesentli-
che Verlängerung des Anfahrweges
resultieren würde. Wie sozialmedi-
zinische Untersuchungen aus der inter-
nationalen medizinischen Literatur
zeigen, hat die geographische Ent-
fernung einen beträchtlichen Einfluß
auf die Häufigkeit des Arztbesuches
und damit auf den Gesundheitszu-
stand der Bevölkerung. Aus diesem
Grunde ist es auch innerhalb des Wie-

ner Stadtgebiets keineswegs gleich-
gültig, wie lange die Anfahrtswege zu
einer medizinischen Versorgungsin-
stitution sind. Von den 1.170 statio-
när aufgenommen Patienten des Jah-
res 1976 wurden nur 195 Patienten
durch Einrichtungen des Rettungswes-
sens bzw. durch Überstellungen aus
anderen Krankenhäusern eingewiesen.
Die verbleibenden 975 Kinder wurden
ambulant mittels öffentlicher Ver-
kehrsmittel bzw. Privatfahrzeugen ins
Spital gebracht, was ein zusätzlicher
Beleg für das oben angeführte Argu-
ment der Anfahrtswege bedeutet. Ein
großer Teil der ambulanten Patien-
ten des Krankenhauses steht wegen
chronischer Erkrankungen in dauern-
der Betreuung (z.B. 1.195 neurologi-
sche Patienten). Es ergibt sich daher
die Frage, wohin sich diese Patienten
in Zukunft wenden sollen.

Darüber hinaus erfüllt das Karolinen
Kinderspital folgende Spezialfunktio-
nen in der pädiatrischen Versorgung:

- o Seit 2 Jahren betreut eine neu er-
richtete psychosomatische Station
ambulante und stationäre Patienten.
Da die Therapie psychosomatisch
erkrankter Kinder einer langen und
intensiven Nachbehandlung bedarf,
ist die Länge und Dauer des Anfahrts-
weges für die Aufrechterhaltung und
Effektivität der Behandlung von
eminenter Bedeutung (sowohl Kinder
als auch Familien müssen über Mo-
nate mindestens einmal wöchentlich
zur Behandlung kommen). Wie be-
reits erwähnt, wurden an der psycho-
somatischen Station 569 ambulante
Therapiestunden abgehalten.
- o Spezialambulanzen für Neurologie,
Kardiologie, Orthopädie, Röntgen-
diagnostik, Labormedizin und Hals-
Nasen- Ohrenambulanzen.
- o Das Karolinen Kinderspital ist bau-
lich und funktionell unmittelbar
mit der Kinderübernahmestelle
(KÜST) der Stadt Wien rund um die
Uhr für die ärztliche Versorgung
von Kindern, die in die KÜST über-
stellt werden oder dort erkranken
zur Verfügung. Elliche der über-
stellten Kinder bedürfen einer so-
fortigen und intensiven ärztlichen
Versorgung (Tag und Nacht), so
z. B. Kinder mit Folgezuständen
nach Mißhandlungen und akuten Er-
nährungsstörungen.

3. MODELLCHARAKTER DES KAROLINEN KINDERSPITALS

Vom Karolinen Kinderspital sind in den letzten Jahren entscheidende Initiativen für eine Modernisierung der pädiatrischen Versorgung ausgegangen.

- a) Seit vier Jahren gibt es im Karolinen Kinderspital auf allen Stationen, die in den letzten Wochen oft diskutierte und zuletzt auch durch einen Erlaß der MA 17 verordnete tägliche Besuchszeit.
- b) Wie bereits erwähnt, wurde vor 2 Jahren der Betrieb einer psychosomatischen Station aufgenommen, wo auch psychosoziale und umweltbedingte Störungen besonders Augenmerk finden.
- c) Auf den anderen Stationen gibt es ein Konzept zur Einbeziehung psychosozialer Faktoren von Erkrankung und Genesung.

Derartige modellhafte Initiativen erfordern einen organisatorischen und inhaltlichen Spielraum, der im Rahmen eines Großkrankenhauses wie z. B. dem Wilhelminen Spital nicht gesichert ist.

4. ARGUMENTE UND GEGENARGUMENTE ZUR SCHLISSUNG DES KAROLINEN KINDERSPITALS

Wie bereits in Punkt 1. festgestellt wurde, wird die Schließung und Verlegung des Karolinen Kinderspitals mit Argumenten der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung begründet. Folgende drei Argumente wurden in den Vordergrund gestellt:

- a) Das Karolinen Kinderspital weist in den letzten Jahren einen niedrigen Ausnutzungsgrad der Betten auf.
- b) Großkrankenhäuser sind wirtschaftlicher und kostensparender zu führen als kleine Einrichtungen.
- c) Der schlechte bauliche Zustand des Karolinen Kinderspitals macht Renovierungsmaßnahmen unrentabel. Hierzu ist folgendes festzustellen:

ad a)

Die niedrigen Bettenzahlen sind eine allgemeine Erscheinung, die sämtliche pädiatrische Krankenhäuser Österreichs betrifft. Prof. Zweymüller

(designierter Vorstand der Universitäts Kinderklinik Wien) hat kürzlich in einem Vortrag darauf hingewiesen, daß derzeit eine Veränderung im Spektrum der pädiatrischen Erkrankungen im Gange ist. Dies betrifft insbesondere den Rückgang an stationär zu behandelnden Infektionskrankheiten, sowie die Zunahme von psychosomatisch und psychosozial verursachten Krankheitsbildern. Da die derzeitigen Kinderspitäler diesen Strukturwandel noch nicht vollzogen haben, wäre es eine äußerst kurzfristige und in der Folge sehr schädliche Maßnahme auf das möglicherweise vorübergehende Phänomen der unzureichenden Auslastung mit einer Schließung von pädiatrischen Betten zu reagieren. Es ist derzeit noch unklar, in welchem Ausmaß eine Umschichtung der Kapazitäten auf ambulante Betreuung notwendig ist. Eine Analyse des genannten Strukturwandels wäre eine unbedingt zu fordernde Maßnahme, bevor entsprechende Schritte durchgeführt werden. Überdies ist auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen: Im Verlauf eines Jahres gibt es immer wieder Perioden, in denen die vorhandenen pädiatrischen Betten voll belegt sind. Eine Verzerrung der Statistik ist u. a. dadurch bedingt, daß Kinder mit ansteckenden Erkrankungen nicht nur ein Bett belegen, sondern die übrigen Betten des Zimmers blockieren, da diese wegen der Infektionsgefahr nicht benützt werden können (Säuglings- und Infektionsabteilung).

ad b)

Die Ansicht einer rationelleren Führung von Großkrankenhäusern wird in der internationalen Spitalsplanung in der letzten Zeit wieder in Frage gestellt. Beim Bau des neuen Wiener Allgemeinen Krankenhauses zeigte sich z. B., daß der Aufwand an Energie (Klimaanlage, Heizung) in einem überproportionalen Ausmaß steigt. In England werden in letzter Zeit zusätzlich zu großen Zentralkrankenhäusern kleine Gemeindespitäler mit 100 bis 150 Betten errichtet, da diese dezentralen Krankenhäuser eine bessere und unmittelbare medizinische Versorgung gewährleisten können.

ad c)

Wie uns mitgeteilt wurde, ist keineswegs daran gedacht, das Gebäude wegen seines schlechten baulichen

Zustandes abzureißen. Es soll vielmehr einem anderen derzeit noch nicht näher bestimmten Verwendungszweck zugeführt werden. (Die bisherigen widersprüchlichen Angaben über die zukünftige Verwendung sind ein weiterer Hinweis darauf, daß der geplanten Schließung keinerlei Planungsprozesse vorausgegangen sind.) Auch die Tatsache, großer Investitionen in der letzten Zeit zeigt, daß auch die Stadtverwaltung das Gebäude offenbar für renovierungswürdig erachtet.

5. ANALYSEN DER ALTERNATIVANGEBOTE

Das Karolinen Kinderspital soll entweder zur Gänze oder in Form einer vergrößerten psychosomatischen Abteilung in das Wilhelminen Spital verlegt werden.

A.) Als Alternativen für das Personal des Karolinen Kinderspitals ist die Errichtung einer Spezialabteilung für Psychosomatik mit 60 bis 80 Betten (laut Stadtrat Stacher) derzeit völlig unrealistisch. Das Team der psychosomatischen Station im Karolinen Kinderspital (20 Betten) kann die stationäre und ambulante Versorgung dieser Patienten nur durch Leistung unbezahlter Überstunden erbringen. Die unbedingt erforderliche fachliche Zusatzausbildung des gesamten Personals einer 60 bis 80 Betten-Abteilung würde mindestens zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen. Überdies würde die Beschränkung auf ein Spezialgebiet bedeuten, daß die allgemeine pädiatrische Betreuung der Wiener Bevölkerung eine beträchtliche Reduktion erfahren würde (4.798 ambulante, 1.170 stationäre Behandlungsfälle).

Gleichzeitig hätte das einen Wegfall von ärztlichen Ausbildungsstellen, sowohl für die Ausbildung zum praktischen Arzt, als auch zum Facharzt für Kinderheilkunde zur Folge. Dies ist gerade jetzt, da immer wieder auf den Mangel an Ausbildungsstellen hingewiesen wird, von entscheidender Bedeutung.

B.) Im Wilhelminenspital der Stadt Wien existieren derzeit eine allgemeine Kinderabteilung (Doz. Stur), sowie eine Kinderinfektionsabteilung (Prof. Weippl). Es ist daher zu erwarten, daß die auch an diesen Abtei-

lungen nur unzureichend ausgelasteten Betten durch die Errichtung einer zusätzlichen pädiatrischen Abteilung nicht gefüllt werden können. Auch das Gutachten des Deutschen Krankenhaus-Institutes (DKI) empfiehlt vielmehr eine Umwandlung von pädiatrischen Betten in neurologische und psychiatrische Betten des Wilhelminen Spitals.

Beide Übersiedlungsvarianten würden ebenfalls baulichen Investitionen in Abteilungen erfordern, die laut Empfehlung des DKI anderen Zwecken gewidmet werden sollten. Da in weiterer Zukunft eine neuerliche Übersiedlung einer dieser drei pädiatrischen Abteilungen in das Krankenhaus Lainz geplant ist, wären die im Wilhelminen Spital getätigten Investitionen spätestens zu diesem Zeitpunkt überflüssig.

Es scheint daher weitgehend ungesichert, ob eine Verlegung ins Wilhelminen Spital zu einer Einsparung auf dem Spitalssektor führt.

Inwieweit die künftige Kinderabteilung des derzeit im Bau befindlichen Krankenhauses Ost in diesen Planungen der Stadt Wien berücksichtigt wird, ist derzeit unbekannt. Möglicherweise steht dann eine neuerliche Übersiedlung bevor.

Unter diesem Gesichtspunkt, sowie unter Berücksichtigung der Versorgung der Bezirke 20., 21. und 22. scheint es daher wesentlich sinnvoller, das Karolinen Kinderspital nach Fertigstellung des Krankenhauses Ost zur Gänze in dieses Krankenhaus zu übersiedeln. Diese Vorgangsweise war bereits zum Zeitpunkt der Übernahme der ärztlichen Leitung des Karolinen Kinderspitals durch Prim. Zimprich (1968) vorgesehen.

6. KOMMENTAR ZUR PLANUNG

Der amtsführende Stadtrat für Gesundheit und Soziales Prof. Dr. Alois Stacher beruft sich bei seinen Maßnahmen auf vorhandene Planungsgrundlagen, vor allem auf das Gutachten des DKI. Wie aus den vorhergehenden Punkten ersichtlich ist, ermangelt aber die beabsichtigte Maßnahme ausreichender Planung. Vielmehr steht diese Maßnahme in direktem Widerspruch zu den Empfehlungen des DKI. Dort wird in einer

ersten Planungsstufe die Reduktion der pädiatrischen Betten des Wilhelminen Spitals empfohlen, in einer zweiten Planungsstufe die Umwandlung der freiwerdenden Kinderbetten in psychiatrische und neurologische Betten. Die Schließung des Karolinen Kinderspitals ist für Planungsstufe 3 vorgesehen, die Eröffnung des Krankenhauses Ost (inkl. Kinderabteilung) erst für die Stufe 6. Diese Empfehlungen zeigen, daß das Gutachten des DKI sich auf den Gesichtspunkt der betriebswirtschaftlichen Rationalisierung beschränkt und übergeordnete Probleme der gesundheitspolitischen Planung vernachlässigt. Obwohl also dieses Gutachten nur als unzureichende Planungsgrundlage anzusehen ist, beruft sich Stadtrat Stacher in seinen Entscheidungen hierauf, ohne sich jedoch an diese Empfehlungen zu halten.

Die beabsichtigte Schließung des Karolinen Kinderspitals kann auch nicht mit den im Gutachten vorgesehenen, exakt aus politischen oder organisatorischen kurzfristig notwendigen Maßnahmen begründet werden, da sie lediglich die Einsparung einer vergleichsweise geringen Summe von S 700.000,- bringen würde.

WICHTIGE ERGÄNZUNG

Schon bei der Volkszählung 1971 kamen im gesamtösterreichischen Durchschnitt auf einen niedergelassenen Kinderfacharzt 4.000 Kinder, während in den Bezirken 21 und 22 auf einen Kinderfacharzt 6.000 Kinder kamen. Seit dieser Volkszählung wurden eben diese Bezirke von vorwiegend kinderreichen Familien besiedelt.

Dr. Alois Pipberger
Für die Ärzte des
Karolinen Kinderspitals

Wenn Sie, so wie wir, der Meinung sind, daß das Karolinen Kinderspital nicht geschlossen werden darf, bitten wir Sie, eine Postkarte mit folgenden Text an uns zu senden, wenn möglich auch mit Unterschriften aus Ihrem Bekanntenkreis.

"Ich protestiere gegen die Schließung des Karolinen Kinderspitals!"
Name, Adresse und Unterschrift nicht vergessen. Die Postkarte schicken an: Solidaritätskomitee zur Rettung des Karolinen Kinderspitals, Seideng. 13 1070 Wien.

IN DER KÜRZE LIEGT DIE WÜRZE !!!

- Im Budget für das Jahr 1977 waren noch Mittel für die Reparatur der Heizung und für Kücheninstallationen vorgesehen!
- Nach dem DKI Bericht hat das Karolinen Kinderspital sekundäre Bedeutung! Das Floridsdorfer Spital – das einzige Spital jenseits der Donau – hat nach dem gleichen Bericht "keinerlei Bedeutung"!!! Dies zur Illustration der wissenschaftlichen Fundierung dieses Berichts, auf den sich Stadtrat Stacher und die "AZ" berufen.
- Ab 7. Feber 1977 wurde der Küchenbetrieb eingestellt.

"AZ"- Zitat:

- Die im Karolinen Kinderspital behandelten kranken Kinder und deren Eltern sind verunsichert, was besonders ins Gewicht fällt, weil man sich dort auf die Behandlung psychosomatisch erkrankter Kinder spezialisiert hat, die besonders empfindlich sind.

Um jedem Irrtum vorzubeugen:
Die Verunsicherung von Eltern und Kinder wird durch die Protestaktionen der Belegschaft und der Eltern hervorgerufen und nicht etwa durch die Schließung des Spitals !!!

- Ein privater Spender erklärte sich bereit, sofort eine Spende von 1.6 Millionen Schilling zweckgebunden zur Erhaltung des Karolinen Kinderspitals zur Verfügung zu stellen.

Damit sind die "finanziellen Argumente" hinfällig. Mit diesem Betrag kann der Betrieb des Spitals aufrechterhalten bleiben.

Wir verlangen daher:

Sofortige Aussetzung des Schließungstermins!

Aufnahme von Verhandlungen mit dem Spender unter Beiziehung der Personalvertreter!

*

